

David X. Noack

Die Ukraine-Krise 2013 / 2014

Versuch einer historischen,
politökonomischen und
geopolitischen Erklärung

DSS-Arbeitspapiere

Heft 112 – 2014

Herausgeber: Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (*DSS*)

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Scheler
Rottwerndorfer Straße 3 /1006 01257 Dresden E-Mail: Scheler@DSSicherheitspolitik.de

Redaktion und Druckvorbereitung: Joachim Klopfer

Vertrieb: Lothar Glaß Neuostra 1 01219 Dresden Tel.: 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Für den Textteil des Werkes (Seiten 1 bis 58) liegen alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes beim Autor. Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen seiner Zustimmung; zugleich haftet er dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung seiner Ausarbeitung nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Der **Kartenanhang** (Seiten 60 ff.) wird gemäß Lizenz **Creativ Commons 3.0** veröffentlicht. Näheres siehe Seite 59.

Redaktionsschluss: 30. Juni 2014

Kostenbeitrag: 4,00 Euro

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

ISSN 1436-6010

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Einleitung	5
Kurzabriss der ukrainischen Geschichte bis 1991	5
Die Religion als weiterer Faktor der Zersplitterung der Ukraine	14
Politische Ökonomie und Außenpolitik der Regierungen unter Präsident Krawtschuk	16
Pragmatische Außen- und Wirtschaftspolitik unter Präsident Kutschma	19
Die Orangen: Neoliberale Schocktherapie und einseitige Annäherung an NATO und USA	22
Der gemäßigte Außen- und Innenkurs der Regierungen Asarow unter Präsident Janukowitsch	29
Einordnung Janukowitschs und seines Machtblocks in die nationale und internationale Ökonomie	36
Der Putsch im Februar 2014	40
Wechsel der Krim in die Russische Föderation	44
Warum Ukraine? Warum zu diesem Zeitpunkt?	45
Vom Putsch bis zur Präsidentschaftswahl	48
Eine Föderation Novorossija?	51
Spiel der Oligarchen – Spiel mit den Oligarchen	52
Fazit	56
Anhang: Karten	59

Über den Autor

David X. Noack, M. A. (2013), geboren 1988 in Berlin, Abitur 2007, studierte von 2007 bis 2010 Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Greifswald sowie von 2010 bis 2013 Militärgeschichte und Militärsoziologie an der Universität Potsdam.

Seit 2011 ist er Mitglied der Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK, seit 2012 der Berliner Freunde der Völker Russlands sowie des Arbeitskreises Militärgeschichte.

David Noack schreibt seit Jahren für mehrere Internetportale und Tageszeitungen, unter anderem für junge Welt, Neues Deutschland und amerika21.

Wissenschaftliche Publikationen von ihm erschienen in Österreichische Militärische Zeitschrift, Das Argument – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften und Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung.

Buchpublikation: Hannes Hofbauer/David X. Noack, SLOWAKEI: Der mühsame Weg nach Westen, Wien 2012.

Gegenwärtig ist David X. Noack Mitarbeiter der Abgeordneten Sevim Dagdelen im 18. Deutschen Bundestag.

Web-Präsenz: www.davidnoack.net

Kontakt: david_noack@rocketmail.com

Angaben nach

< <http://davidnoack.net/v2/person/> >

< <http://www.mediashop.at/typolight/index.php/buecher/items/hofbauer-hannesnoack-davidx-slowakei> >

< <http://www.linksfraktion.de/abgeordnete/sevim-dagdelen/mitarbeiterinnen/> > ,

ausgewählt durch Red. JKL.

David X. Noack

Die Ukraine-Krise 2013 / 2014

Versuch einer historischen, politökonomischen und
geopolitischen Erklärung

Die derzeitige Ukraine-Krise hat ihre Ursachen in verschiedenen historischen, geopolitischen und polit-ökonomischen Entwicklungen. Die historischen Hintergründe ragen teilweise weit in die Vergangenheit dieses osteuropäischen Landes zurück. Dieser Text versucht, verschiedene Ebenen des Ukraine-Konfliktes Ende 2013 und im ersten Halbjahr 2014 deutlich zu machen.

Kurzabriss der ukrainischen Geschichte bis 1991

Die slawische Geschichte auf dem Gebiet der heutigen Ukraine reicht weit zurück. Als Vorläufer der ersten slawischen Staatlichkeit existierte um die Zeit der ersten Jahrtausendwende nach Christus die Kiewer Rus. Dieses Gebilde wurde durch die mongolische Invasion im 13. Jahrhundert zerstört. Ab dem 14. Jahrhundert folgte dann die polnisch-litauische Herrschaft über das Gebiet der heutigen Ukraine. In diese Zeit fiel eine wichtige Entwicklung der religiösen Verhältnisse in der Ukraine, die die Geschehnisse bis heute beeinflusst: 1596 vollzog sich in Brest-Litowsk die Union des Kirchenbezirkes „Kiew und ganz Ruthenien“ mit Rom. Priester und Gläubige durften zwar weiter den orthodoxen Ritus ausführen, jedoch übernahm der Papst in Rom die Oberhirtenschaft über Millionen slawischer Seelen – dieses Ereignis markiert den Beginn der unierten Kirche. Damit griff die römisch-katholische Kirche erstmals weit in die östliche Hemisphäre aus.¹ Die Herrschaft Polen-Litauens über die Ukraine wurde durch die Phase des so genannten „Ruins“ im 17. Jahrhundert abgelöst. In diese Epoche fiel eine Neuaufteilung der ukrainischen Gebiete.

Im beginnenden 18. Jahrhundert, um genauer zu sein 1709, diente die Ukraine mit der Schlacht von Poltawa als Ort des Geschehens für das

1 Siehe Hannes Hofbauer, Politische Krise in Kiew: Wem gehört die Ukraine?, in: junge Welt 14.12.2004.

symbolische Ende Schwedens als Großmacht. Ukrainische Kosaken standen damals auf beiden Seiten. Der Hetman Iwan Stepanowitsch Masepa kämpfte für die schwedische Sache, nachdem er sich von seinen früheren russischen Verbündeten abgewandt hatte. Das Gedenken an Masepa ist bis heute zweigeteilt – in Russland und weiten Teilen der Ostukraine gilt er als Verräter, während westukrainische Nationalisten und Konservative ihn als einen ukrainischen Helden verehren, da er für einen unabhängigen ukrainischen Staat kämpfte.

Während der drei polnischen Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts geriet die Ukraine dann fast komplett unter russische Herrschaft. Lediglich ein kleinerer Teil gelangte unter die Kontrolle des Kaisertums Österreich, des späteren Österreich-Ungarns. Der ukrainische Teil des K.u.K.-Reiches war aber stets ein Teil der österreichischen Gliedstaates, obwohl Österreich viel weiter westlich liegt als Ungarn – unter anderem wegen der großen Ölvorkommnisse in Galizien. Österreich-Ungarn hatte Anfang des 20. Jahrhunderts die damals bekannten drittgrößten Ölreserven der Welt.² Das Unterstellen Galiziens unter die Wiener Kontrolle hatte auch Auswirkungen auf die religiöse Zusammensetzung der ukrainischen Gesellschaft: Die katholischen Habsburger duldeten in ihrem Herrschaftsbereich ausschließlich die unierte Kirche.

Ein weiteres Territorium, welches die Ukraine bis heute prägt, existierte vom 15. bis zum späten 18. Jahrhundert: das so genannte Krim-Chanat. Dieses Chanat diente als osmanischer Vasallen- und Pufferstaat an der Nordküste des Schwarzen Meeres. In die Zeit dieses Chanats fiel die Versklavung von mehr als zwei Millionen Slawen, die eingefangen und „exportiert“ wurden. Die Gefahr der krimchanischen Sklavenjäger stellte einen der Gründe für die erfolgreiche Etablierung der Kosaken als Grenz- und Wehrbauern in Südrussland sowie der Ukraine dar. Das Chanat fiel 1783 an das Russische Zarenreich. Dieses Staatsgebilde verehren heute nur noch wenige Tataren, bei vielen Ukrainern und Russen herrscht eine negative Haltung zum Chanat vor.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelangte Odessa zu einer bis dahin beispiellosen wirtschaftlichen Blüte. Über den Hafen liefen damals 90 % des Weizenexports sowie 66 % des Kornexports Russlands. Ab dem Jahr 1850 reichte die ökonomische Bedeutung Odessas für den russischen

2 Siehe Alison Frank, *The Petroleum War of 1910: Standard Oil, Austria, and the Limits of the Multinational Corporation*, in: *The American Historical Review*, Jg. 114 (2009), Nr. 1, S. 16-41 (hier: S. 19).

Außenhandel an die der Ostseehäfen heran. Der Balkan und die Ukraine dienten der Weltwirtschaft damals als die Hauptgetreideanbaugelände in Europa. Das Getreide spielte eine sehr wichtige Rolle für die Versorgung der städtischen Proletariate, wie sie damals vermehrt überall in Europa entstanden. Der Grund für diese Entwicklung war, dass Mitte des 19. Jahrhunderts die kapitalistische Produktionsweise auf dem Balkan einzog. Dieser Bereich Europas war bis dahin eines der letzten feudalen Gebiete in Europa. Die Entstehung urbaner Proletarierschichten in dieser Zeit erhöhte den Bedarf an Getreide auf dem Weltmarkt.

In diesen politökonomischen Entwicklungen ist auch eine der Ursachen des Krim-Krieges von 1853 bis 1856 zu sehen. Das Bürgertum und die Regierung Russlands setzten damals auf die Aufteilung Europas mit klar abgegrenzten Grenzen und Einflussphären – also auch auf zolltechnisch abgeschottete Territorien. Die finanzkapitalistischen Kreise in Großbritannien und Frankreich hingegen favorisierten den Freihandel und hatten damit einhergehend die Überlegung, dass die britischen und französischen Produkte auf den südosteuropäischen Märkten überlegen sein würden.³ Da Preußen und Schweden⁴ sich in diesem Konflikt der Großmächte neutral hielten, wurde der Schwarzmeerraum zum Hauptkonfliktgebiet des von Oktober 1853 bis zum Februar 1856 ausgetragenen Krieges. Die britische Armee unterstützte in diesem Krieg auch tscherkessische Aufständische im Kaukasus ab dem Jahr 1855⁵ – ein Vorläufer der Politik der Aufwiegelung nicht-russischer Minderheiten unter Moskauer Herrschaft.

Der Krimkrieg sah unter anderem die ersten Kriegsfotografien und erstmals die Betreuung der Verwundeten auf britischer Seite. Selbst in Fernost kam es zu Zusammenstößen zwischen Briten, Franzosen und Russen.⁶ Der Umstand, dass Russland nicht Russisch-Alaska verteidigen konnte, führte dazu, dass die russische Regierung Alaska im Jahrzehnt nach dem Krimkrieg verkaufte.⁷ Der Konflikt auf der Krim beeinflusste so die Geschichte vieler Regionen der Welt.

3 Siehe Paul N. Hehn, *Capitalism and the Revolutionary Factor in the Balkans and Crimean War Diplomacy*, in: *East European Quarterly*, Jg. 18 (1984), Nr. 2, S. 155-185.

4 Siehe Axel E. Jonasson, *The Crimean War, the beginning of strict Swedish neutrality, and the myth of Swedish intervention in the Baltic*, in: *Journal of Baltic Studies*, Jg. 4 (1973), Nr. 3, S. 244-253.

5 Siehe Norman Luxenburg, *England and the Caucasus during the Crimean War*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Neue Folge*, Bd. 16 (1968), Nr. 4, S. 499-504.

6 Siehe John J. Stephan, *The Crimean War in the Far East*, in: *Modern Asian Studies*, Jg. 3 (1969), Nr. 3, S. 257-277.

7 Siehe Nikolay N. Bolkhovitinov, *The Crimean War and the Emergence of Proposals for the Sale of Russian America, 1853-1861*, in: *The Pacific Historical Review*, Jg. 59 (1990), Nr. 1, S. 15-49.

Nach dem Patt am Ende des Krimkrieges erreichte die Gebiete der heutigen Ukraine ein erneuter wirtschaftlicher Aufschwung. Dieser ging teilweise mit der Industrialisierung des Donbass einher. In den 1870er Jahren konnte die Gesamtukraine bereits ein Schienennetz vorweisen und in den 1880er Jahren folgte ein Kohle- und Eisenerz-Boom. Der reichte so weit, dass Anfang des 20. Jahrhunderts die Ukraine zu einem der wichtigsten Teile der Weltwirtschaft wurde. Circa 90 % des damaligen russischen Getreideexportes stammte aus der Ukraine und 43 % der Weltproduktion an Gerste hatte ihren Ursprung in dem Gebiet. Viele ostelbische Junker im späten Kaiserreich sahen deswegen die „südrussischen“ Agrarproduzenten als ihre direkten Konkurrenten an.⁸

So kam es nicht von ungefähr, dass im Ersten Weltkrieg die Ukraine zu einem zentralen Ziel der Mittelmächte wurde.⁹ Die Kriegsziele im k.u.k. Außenministerium 1914 konzentrierten sich sogar ausschließlich auf Polen, die Ukraine und den Balkan.¹⁰ Der Erste Weltkrieg brachte verheerende Verwüstungen über die ukrainischen Lande. In Galizien beispielsweise trafen in der größten Feldschlacht der Ostfront die Armeen der Mittelmächte auf die Russlands.¹¹ Nachdem die zarischen Behörden unmittelbar nach Kriegsbeginn die Betätigung ukrainischer Organisationen massiv eingeschränkt hatten, musste diese Politik nach den heftigen Verlusten im Jahr 1915 revidiert werden.¹² In der Illegalität entstand eine eigene ukrainische Kultur- und Politikbewegung. Während der „Große Rückzug“ im Verlaufe des Jahres 1915 große Geländegewinne für die Mittelmächte bedeutete¹³, brachte die sogenannte Brusilow-Offensive im Sommer 1916 wesentliche Teile Galiziens wieder unter Kontrolle des Zarenreiches.¹⁴

Nach der Februarrevolution zu Beginn des Jahres 1917 entstand die Zentralna Rada als Übergangsparlament für die Verwaltung der Ukraine. Anfang 1918 folgte dann der so genannte „Brotfrieden“ zwischen der Ukraine und Deutschland sowie Österreich-Ungarn. Damit gelang den Mittelmächten das Herausbrechen der Ukraine aus Russland. Mit der

8 Siehe Frank Golczewski, *Deutsche und Ukrainer 1914-1939*, Paderborn 2010, S. 39.

9 Siehe ebenda, S. 240-282.

10 Siehe Wolfdieter Bihl, *Zu den österreichisch-ungarischen Kriegszielen 1914*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, Bd. 16 (1968), Nr. 4, S. 505-530.

11 Siehe Orest Subtelny, *Ukraine: A History*, Toronto 2000, S. 340.

12 Siehe ebenda, S. 343.

13 Siehe Jamie H. Cockfield, *General Aleksei Brusilov and the Great Retreat, May-November 1915*, in: *The Journal of Slavic Military Studies*, Jg. 26 (2013), Nr. 4, S. 653-672.

14 Siehe Timothy C. Dowling, *The Brusilov Offensive*, Bloomington (IN) 2008.

Unterzeichnung des ersten Friedensvertrages von Brest-Litovsk wurde nämlich die Vision eines „unabhängigen“ ukrainischen Staates erstmals überhaupt Wirklichkeit. Trotz dieses scheinbaren Erfolgs der deutschen Dekompositionsstrategie (Apfelsinenstrategie¹⁵) gegenüber Russland entwickelten sich die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Ukraine zunächst schlecht.¹⁶ In der abgespaltenen Ukraine entwickelten sich die Verhältnisse nicht so, wie die militärischen Planer der deutschen Armeen und Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes (AA) es erwartet hatten. Wegen der Unzufriedenheit mit der ukrainischen Nationalregierung unterstützten deutsche Militärs und Politiker im Mai 1918 einen Putsch von Pawlo Skoropadskyj.¹⁷ Skoropadskyj begann nach der Regierungsergreifung mit der Etablierung eines auf die Großgrundbesitzer der Ukraine ausgerichteten Wirtschafts- und Staatsgebildes.

Kurzzeitig existierten aber neben diesem ukrainischen Staatsgebilde noch weitere staatliche Ansätze auf dem Gebiet der heutigen Ukraine. Im Februar 1918 gründete sich die Donetsk-Kriwoier Republik als Sowjetrepublik für große Teile des Donbass. Außerdem existierten eine sowjetische Odessa- und Krim-Republik, letztere trug den Namen Tawrida-Republik.¹⁸ Diese drei Räterepubliken wurden jedoch kurz nach ihrer Gründung von Truppenverbänden der Kosaken und anderer Weißen im aufkommenden Russischen Bürgerkrieg überrannt. Die nicht mehr rote Krim konnte sich dauerhaft als weißer, pro-osmanischer Staat neben der Ukraine etablieren. Deutsche Truppen besetzten jedoch die Krim – genau wie die Festlandukraine. Während das Osmanische Reich die „Ukrainische Demokratische Republik“ diplomatisch anerkannte, blieb der Krim-Republik osmanischerseits solch eine Anerkennung verwehrt. Der Außenminister der Krim-Regierung, der zugleich das Kriegsministerium führte, verweilte trotzdem im März 1918 in Istanbul.¹⁹ Die Mittelmächte setzten zwar auf eine Abspaltung vieler Gebiete von der russischen Zentralmacht, waren sich aber nicht über die Zukunft der Krim einig.

15 Der Geopolitiker Paul Rohrbach meinte, „dass Russland sich auseinandernehmen [lasse] wie eine Apfelsine“.

16 Siehe Golczewski, *Deutsche und Ukrainer 1914-1939*, S. 258-282.

17 Siehe ebenda, S. 298.

18 Taurien (Таврия) ist eine veraltete Bezeichnung der Krim. Im zarischen Reich existierte von 1802 bis 1917 das Gouvernement Taurien (Таврическая губерния). Dieses umfasste auch Teile des Festlandes nördlich der Krim.

19 Siehe Kirimli, *Diplomatic relations between the Ottoman Empire and the Ukrainian Democratic Republic, 1918–21*, S. 204.

Zum Ende des sogenannten Großen Krieges gründete sich in der Westukraine außerdem noch der Westukrainische Staat, welcher jedoch kurz darauf im Polnisch-Ukrainischen Krieg 1918 und 1919 unterging. Diese Gebiete fielen daraufhin an das mittlerweile wiedergegründete Polen. Der mittel- und ostukrainische Großgrundbesitzerstaat existierte hingegen noch bis 1920, als sowjetische Truppen das Land einnahmen. Die bereits im Januar 1919 in Moskau gegründete Provisorische Revolutionäre Regierung der Arbeiter und Bauern der Ukraine konnte nun die Kontrolle über weite Teile der heutigen Ukraine übernehmen. Die neu gegründete Ukrainische SSR hatte jedoch von Anfang an mit Abspaltungsbestrebungen im Osten zu kämpfen. Einige prominente Vertreter der russifizierten Ukrainer in der Ostukraine verfolgten anfangs Pläne, die Ostukraine als autonome Oblast zu etablieren, um besonders enge Beziehungen mit der RSFSR knüpfen zu können.²⁰ Genau wie bei der Staatsbildung tat sich auch innerhalb der UdSSR ein Riss zwischen den Ost- und Westregionen der Ukraine auf.

Die Einnahme der Ukraine durch die Sowjets hatte dabei überhaupt nicht im Interesse Großbritanniens gelegen. Der britische Außenminister Lord Curzon hatte zur Verhinderung des Verlustes der Ukraine einen seiner früheren Kommilitonen sowie engen Vertrauten, Halford Mackinder, in die Schwarzmeerregion geschickt.²¹ In den Jahren 1919/1920 diente Mackinder, welcher als einer der Begründer der Geopolitik gilt, als britischer Hochkommissar für Südrussland. Mackinders Pläne umfassten unter anderem die dauerhafte Abspaltung der baltischen Staaten, Weißrusslands, der Ukraine, der bereits einigermaßen fest etablierten kaukasischen Staaten (Georgien, Armenien und Aserbaidschan), Dagestans und Südrusslands von der Moskauer Zentralgewalt. Südrussland sollte nach seinen Konzepten ein Kosakenstaat (vielleicht beherrscht von Denikin) werden.²² Lord Curzons Pläne sahen darüber hinaus die Etablierung eines Völkerbundesmandates über das adscharische Batumi vor.²³ Die von Mackinder und Curzon angedachte „Balkanisierung“ des früheren westlichen Teils des Russischen Zarenreiches hätte jede Moskauer Macht – in diesem Fall die Sowjets – von allen Häfen im Schwarzmeerraum abgeschnitten.

20 Siehe Andrea Graziosi, *A New, Peculiar State: Explorations in Soviet History, 1917-1937*, Westport (CT) 2000, S. 120.

21 Siehe Brian W. Blouet, *Sir Halford Mackinder as British High Commissioner to South Russia, 1919-1920*, in: *The Geographical Journal*, Jg. 142 (1976), Nr. 2, S. 228-236 (hier: S. 231).

22 Siehe ebenda, S. 228-236.

23 Siehe Sean Kelly, *How far West?: Lord Curzon's Transcaucasian (Mis)Adventure and the Defence of British India, 1918-23*, in: *The International History Review*, Jg. 35 (2013), Nr. 2, S. 274-293 (hier: S. 280).

Doch Mackinder scheiterte und kehrte aus dem Schwarzmeerraum unverrichteter Dinge wieder heim. Während der Verhandlungen über die Friedensverträge in den Pariser Vororten veröffentlichte Mackinder ein Buch, in welchem er folgende Zeilen niederschrieb:

„Wer über Osteuropa herrscht, beherrscht das Herzland: Wer über das Herzland herrscht, beherrscht die Weltinsel (Eurasien): Wer über die Weltinsel herrscht, beherrscht die Welt.“²⁴

Auch wenn Mackinder damals vor dem Hintergrund der Entwicklungen des Russischen Bürgerkrieges scheiterte, prägte sein Denken Politiker und Politikberater über das gesamte 20. Jahrhundert und sogar bis heute.²⁵

Im Juni 2014 schrieb der Außenpolitikexperte Chris Luenen, dass die Ideen Mackinders „anscheinend [...] heute noch“ angloamerikanische Strategen beeinflussen.²⁶ Gearóid Ó Tuathail, einer der wichtigsten Vertreter der Schule der Kritischen Geopolitik²⁷, beschrieb die Ideen Mackinders von 1904 und 1919 als Versuch einer Elite, eine „aus den Fugen geratende Welt mit ihrer imperialistischen Perspektive zu disziplinieren“.²⁸ Im Prinzip umschreibt das die Geopolitik bis heute gut.

Doch die geopolitischen Konzeptionen Mackinders für Osteuropa waren gescheitert und lediglich ein großpolnischer sowie ein großrumänischer²⁹ Staat dienten als ententefreundliche Bollwerke gegen Sowjetrussland bzw. die Sowjetunion. Die wieder unter polnische Kontrolle gelangte Westukraine erlebte aufgrund der peripher-kapitalistischen Integration des Landes in den Weltmarkt kaum eine nennenswerte wirtschaftliche Entwicklung. Galizien hatte lediglich weltwirtschaftliche Bedeutung in der Versorgung Westeuropas mit Erdöl.³⁰ Die polnische Politik gegenüber den

24 Halford Mackinder, *Democratic Ideals and Reality*, London 1919, S. 194.

25 Siehe Gerry Kearns, *Geopolitics and Empire – The Legacy of Halford Mackinder*, Oxford/New York 2009, S. 24-25.

26 Siehe Chris Luenen, *Außenpolitik: Europa muss seine Beziehungen zu den USA neu justieren*, online: < <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-06/europaeische-interessenpolitik> >.

27 Die Kritische Geopolitik versucht, die pseudowissenschaftlichen und reaktionären Geopolitikschriften diverser nordamerikanischer und westeuropäischer Denker kritisch einzuordnen.

28 Siehe Gearóid Ó Tuathail, *Geopolitik – Zur Entstehungsgeschichte einer Disziplin*, in: Yves Lacoste et al.: *Geopolitik – Zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte*, Wien 2001, S. 9-28 (hier: S. 16).

29 Rumänien annektierte nach dem Ende des Ersten Weltkrieges Moldau und weitere Teile Bessarabiens.

30 Siehe Caroline Milow: *Die ukrainische Frage 1917-1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie*, München 2002, S. 374.

Ukrainern in ihrem Land – immerhin die zweitgrößte ethnische Gruppe – blieb die gesamte Zeit der Zweiten Polnischen Republik 1918-1939 widersprüchlich. Teilweise wurde eine Polonisierung forciert und teilweise wurden den Ukrainern kulturelle, religiöse und politische Freiräume gelassen. Als Verbündete im Kampf gegen die Sowjetunion waren viele Ukrainer jedoch für den polnischen Staat wichtig: Politisch und militärisch unterstützte die polnische Regierung im Rahmen des „Prometheismus“ ukrainische Nationalisten, die im Kriegsfall auf der Seite Polens gegen die Sowjetunion hätten kämpfen sollen.³¹

Die Gebiete Rutheniens (Transkarpatien) wiederum fielen an die nach dem Ersten Weltkrieg erstmals gegründete Tschechoslowakei. Dort erhielten die Ruthenen – entgegen den Zusagen von Exil-Tschechoslowaken während des Verlaufs des Ersten Weltkrieges – keine Autonomie zugebilligt.³² Das Subkarpatische Ruthenien wurde lediglich einer von fünf (später vier) Bundesländern der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Neben der Verlegung von Eisenbahnschienen, dem Bau von Straßen und der Errichtung von Flughäfen erlebte das Gebiet kaum wirtschaftlichen Fortschritt. Da sich eine nationale Elite der Ruthenen kaum herausgebildet hatte, wählten viele Ruthenen aus Ablehnung des tschechisch dominierten politischen Systems die Kommunistische Partei.

Der Großteil des Gebietes der heutigen Ukraine jedoch war in den 1920er und 1930er Jahren Teil der Sowjetunion. Die ab 1920 konsolidierte sowjetische Ukraine hatte bis 1934 Charkow als Hauptstadt, da die polnisch-sowjetische Grenze zu nah an Kiew lag und die sowjetische Staatsführung davon ausging, dass der polnisch-sowjetische Frieden keinen dauerhaften Bestand haben würde. Erst 13 Jahre nach dem Abschluss des Friedensvertrages von Riga erlangte Kiew im Jahr 1934 den Hauptstadtstatus. Diese erste Zeit in den 1920er und 1930er Jahren brachte der Ukrainischen SSR einen großen Industrialisierungsschub. Die nachholende Entwicklung führte zur Etablierung vieler Staudämme wie beispielsweise der Saporischjatsperre, dem Ausbau der metallurgischen Industrie und der Errichtung von Fabriken der Eisenerzveredelung. Mit ‚Derschprom‘ entstand im Charkow der 1920er Jahre sogar das höchste Gebäude der Sowjetunion. Doch die erste Phase sowjetischer Kontrolle über die Ukraine brachte nicht nur Fortschritte in der Wirtschaft des Landes. Einen enormen Rückschlag für

31 Siehe David X. Noack, Die polnische Bewegung des Prometheismus im globalgeschichtlichen Kontext 1918-1939, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Jg. 206 (2014), Nr. 2, S. 187-192.

32 Siehe Hannes Hofbauer/David X. Noack, Slowakei: Der mühsame Weg nach Westen, Wien 2012, S. 42.

die ukrainische Bevölkerungsentwicklung und viel menschliches Leid erlebte die Ukraine während der südsowjetischen Hungersnot 1932/1933.

Der Schwenk der sowjetischen Außenpolitik auf ein System kollektiver Sicherheit in den 1930er Jahren konnte die faschistische Aggression Deutschlands gegen Österreich und die Tschechoslowakei nicht abwenden. Die sowjetische Regierung versuchte, den Krieg vom eigenen Land abzuwenden, indem im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag von 1939 Westpolen Deutschland zugesprochen wurde. Außerdem fielen mit dem geheimen Zusatzabkommen die vormals polnischen Gebiete Ostgalizien und Westwolhynien an die Sowjetunion. Doch nachdem Nazideutschland Frankreich niedergedrungen hatte, orientierten sich die Achsenmächte nach Osten. Mit dem Beginn des „Unternehmen Barbarossa“ trug die Wehrmacht gemeinsam mit ihren faschistischen Verbündeten den Zweiten Weltkrieg auch in die Ukraine. Im Großen Vaterländischen Krieg kämpften auf beiden Seiten ukrainische Verbände.³³ Doch die mit Berlin verbündeten Faschisten hielten sich nicht an die Vorgaben der Deutschen. Am 30. Juni 1941 proklamierten ukrainische Faschisten der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) unter ihrem Anführer Stepan Bandera einen unabhängigen ukrainischen Staat in Lwiv.³⁴ Dies passte jedoch der deutschen politischen und militärischen Führung nicht und die ukrainischen bewaffneten Einheiten wurden umstrukturiert sowie teilweise entwaffnet.

Als die SS jedoch im vorletzten Kriegsjahr die Waffen-SS-Division „Galizien“ aufstellte, entstanden enge Beziehungen zwischen dem bewaffneten Arm der OUN und dieser mehrheitlich aus Ukrainern aufgestellten Einheit.³⁵ Bandera floh nach der Niederlage der Faschisten nach München und kooperierte fortan mit dem britischen Geheimdienst sowie der Organisation Gehlen im anti-sowjetischen Untergrundkampf, ab 1956 sogar mit dem Bundesnachrichtendienst.³⁶

Nach der Rückkehr der Roten Armee auf die Krim verübten die sowjetischen Behörden mit der Deportation der Krimtataren ein beispielloses Verbrechen in der ukrainischen Geschichte. Die deutschen Besatzer hatten in der Ukraine und auf der Krim die freie Religionsausübung zugelassen

33 Siehe Aleksandr Reent/Aleksandr Lysenko, Ukrainians in armed formations of the warring sides during World War II, in: *The Journal of Slavic Military Studies*, Jg. 10 (1997), Nr. 1, S. 210-236.

34 Siehe ebenda, S. 215.

35 Siehe ebenda, S. 219-220.

36 Siehe Alte, neue Verbündete, online:

< <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58855> > 02.05.2014.

und die Auflösung der Kolchosen bewirkt. Im Oktober 1941 forderten politische und militärische Vertreter der Türkei die bevorzugte Behandlung der Krimtataren. Gewisse Freiräume für diese Tataren ließen die Besatzer zu, schließlich sollte die Türkei auf die Seite der Achsenmächte gezogen werden. Doch in der Perzeption von vielen Partisanen und sowjetischen Politikern wurden die Krimtataren zu Kollaborateuren der Wehrmacht. Dabei waren die Kollaborationsraten nicht höher als in anderen Gebieten der eroberten Sowjetunion. Vom 18. bis 20. Mai 1944 wurden etwa 190.000 Krimtataren per Zug nach Zentralasien (hauptsächlich in die Usbekische SSR) deportiert. Mehrere zehntausend Tataren starben im Exil.

Das Ende des Großen Vaterländischen Krieges brachte für die Ukraine einige Grenzverschiebungen mit sich. So fielen Ruthenien und Teile der früheren Moldauischen ASSR an die Ukraine. 1954 folgte außerdem der Anschluss der Krim an die Ukrainische SSR. Unabhängig von den neuen Grenzen erlebte die Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg erneut eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die 1950er und 1960er Jahre brachten wieder neue Kraftwerke, Schiffswerften und Fabriken für das Land. Die Ukraine entwickelte sich auch zu einem der Zentren der sowjetischen Raketendustrie. Ab den 1970er Jahren hingegen prägte eine lange Phase der wirtschaftlichen Stagnation die ukrainische Ökonomie. Der Unmut sowie die Hinwendung zur Religion nahmen wieder zu, da das realsozialistische System an seine Grenzen geriet. Glasnost und Perestroika in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre brachten dann mehr religiöse Freiheiten für die Westukrainer: Seit dem Besuch von Gorbatschow beim Papst 1989 durfte die unierte Kirche in der Westukraine wieder aktiv werden. 1991 kehrte sogar der Kardinal der unierten Kirche aus dem römischen Exil nach Lwiv zurück.

Die Religion als weiterer Faktor der Zersplitterung der Ukraine

Neben politischen und wirtschaftlichen Trennlinien führt die Religion in der Ukraine auch zu einer Polarisierung, die mit zur Fragmentierung der ukrainischen Bevölkerung beiträgt. Zwar geben laut offiziellen Angaben über 60 % der Ukrainer an, nicht religiös gebunden zu sein, jedoch ist eine gewisse Volksreligiösität in der ukrainischen Bevölkerung fest verankert. Der größte Teil der Bevölkerung ist christlich-orthodox geprägt, während die griechisch-katholische Kirche die zweitgrößte Gruppe zählt und kleinere Gruppen sich zum christlichen Protestantismus, zum Islam oder anderen Religionen bekennen. Die katholische Gruppe der ukrainischen Bevölke-

zung hat als offizielle Institution die unierte ‚Ukrainische Griechisch-katholische Kirche‘, auch genannt ‚Ukrainische Katholische Kirche nach byzantinischem Ritus‘. Den größten Rückhalt hat diese Glaubensgemeinschaft in den ehemals österreichisch-ungarisch kontrollierten Gebieten.

Die orthodoxe Kirche – die viel größere Bevölkerungsschichten anspricht als die unierte Kirche – ist selbst auch noch einmal gespalten. So existieren und konkurrieren in dem Land sowohl die ‚Ukrainisch-Orthodoxe Kirche Kiewer Patriarchats‘ als auch die ‚Ukrainisch-Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats‘ – beide haben in etwa eine gleich große Anhängerschaft.³⁷

Erstere unter der Leitung des Metropoliten Filaret II. ist eine Abspaltung vom Moskauer Patriarchat, die vom Moskauer Metropoliten Kyrill I. geleitet wird. Die unabhängige Kiewer Glaubensgemeinschaft erhielt bei ihren Ambitionen, eine eigenständige Organisation zu werden, unter anderem die Unterstützung des ersten ukrainischen Präsidenten Krawtschuk (im Amt 1991-1994). Die ‚Ukrainisch-Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats‘ wiederum ist eine autonome Unterorganisation der offiziellen russischen Orthodoxie in der Ukraine. Das Moskauer Patriarchat hat dabei seinen größten Rückhalt im Osten des Landes und erhielt die politische Unterstützung des vierten ukrainischen Präsidenten Janukowitsch (im Amt 2010-2014).

Die Ukraine ist mit der Vorgeschichte der Kiewer Rus dabei nicht irgendein orthodoxes Glaubensgebiet, sondern bildet ein Kernland russisch-orthodoxer Glaubensgrundlagen. Beispielsweise liegt im Kiewer Höhlenkloster (Lawra), welches am Westufer des Dnjepr in der ukrainischen Hauptstadt zu finden ist, die Heldengestalt der Kiewer Tafelrunde Ilja Muromez, die als einzige Sagengestalt von der russisch-orthodoxen Kirche heiliggesprochen wurde. Die Hoheit über das Lawra ist zwischen den verschiedenen orthodoxen Glaubensgemeinschaften in der Ukraine umstritten.

Immer wieder mischen sich Kirchenvertreter in geschichts- und aktuell politische Angelegenheiten ein. So demonstrierten viele griechisch-katholische Priester bei den Maidan-Protessen 2013/2014 mit, was den Kulturminister der Azarow-Regierung veranlasste, den Status dieser Kirche als eine offizielle Religion in der Ukraine infrage zu stellen.³⁸ Doch Sympathie

37 Siehe Michael Hollenbach, Kiewer Patriarchat gegen Moskauer Patriarchat, online: < http://www.deutschlandfunk.de/orthodoxe-kirchen-kiewer-patriarchat-gegen-moskauer.886.de.html?dram:article_id=280498 > 19.03.2014.

38 Siehe Marco Tosatti, Ukrainian government threatens to rescind legal status of the Greek Catholic Church, online: < <http://vaticaninsider.lastampa.it/en/world-news/detail/articolo/ucraina-ukraine-ucrania-31245/> > 14.01.2014.

für die „Euromaidan“-Bewegung fand sich nicht nur in der unierten Kirche: Auch der orthodoxe Metropolit Filaret äußerte sich wohlwollend zu den Maidan-Protesten.³⁹

Die religiösen Konfliktlinien entsprechen keinesfalls eins zu eins ihren politischen Pendants. Doch da beide orthodoxe Großgemeinden um den Anspruch einer Nationalkirche konkurrieren, können politische Einmischungen in Kirchenangelegenheiten genau wie die politische Frontstellung von Kirchenfunktionären die verschiedenen Widersprüche in der Ukraine verstärken.

Politische Ökonomie und Außenpolitik der Regierungen unter Präsident Krawtschuk

Im Jahr 1991 zerfiel die Sowjetunion mit der Unterzeichnung des Abkommens von Beloweschskaja Puschtscha durch die Vertreter Russlands, Weißrusslands und der Ukraine am 8. Dezember des Jahres endgültig. Der Vertrag trat zum Jahreswechsel in Kraft. Einen wichtigen Pfeiler der unabhängigen Außenpolitik der Ukraine schrieben die ukrainischen Politiker bereits 1991 fest. In der bereits vor dem Vertrag von Beloweschskaja Puschtscha erfolgten Souveränitätserklärung der Ukraine verankerten die ukrainischen Politiker die immerwährende Neutralität des Landes.⁴⁰ Wie genau sich diese Neutralität gestalten sollte, legten Regierung und Parlament hingegen nicht fest. Diese Neutralität gaben ukrainische Politiker als Grund an, weshalb die Ukraine nicht dem 1992 entstandenen Vertrag über kollektive Sicherheit (seit 2002 Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit, OVKS) unterzeichnen konnte.⁴¹ Die Ukraine wurde lediglich Teil der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und nahm de facto an der Gemeinsamen GUS-Luftabwehr teil.⁴² Die Neutralität blieb im Wesentlichen gewahrt.

39 Siehe Battle of Orthodox Christian patriarchs as Ukraine's Filaret denounces Russia's Kirill, online: < <http://www.kyivpost.com/content/politics/battle-of-orthodox-christian-patriarchs-as-ukraines-filaret-denounces-russias-kirill-334763.html> > 08.01.2014.

40 Siehe Nikolai A. Kulinich, Ukraine's Dilemma and Europe's Evolving Geography, in: Sharon Wolchik/Volodymyr Zviglyanich (Hgg.), Ukraine: The Search for a National Identity, Lanham (MD) 1999, S. 95-106 (hier: S. 100).

41 Siehe Paul A. Goble, Establishing Independence in an Interdependent World, in: Sharon L. Wolchik/Vladimir A. Zviglyanich (Hgg.), Ukraine: The Search for a National Identity, Lanham (MD) 2000, S. 107-119 (hier: S. 101).

42 Siehe Victor Chudowsky, The Limits of Realism: Ukrainian Policy toward the CIS, in: Jennifer D. P. Moroney/Taras Kuzio/Kikhail Molchanov (Hgg.), Ukrainian Foreign and Security Policy – Theoretical and Comparative Perspectives, Westport (CT) 2002, S. 11-35 (hier S. 27).

In die Amtszeit des 1991 mit über 60 % gewählten pro-US-amerikanischen ersten Präsidenten der Ukraine, Leonid Krawtschuk, fiel die erste neo-liberale Schocktherapie des Landes. Politisches Ziel schien es gewesen zu sein, eine nationale Bourgeoisie in radikaler Abgrenzung von Russland und mit Hilfe diverser NATO-Staaten entstehen zu lassen. Dabei verengte sich die ukrainische Außenwirtschaftspolitik auf die USA und Deutschland. In den Jahren 1994 und 1995 kamen 40 % der ausländischen Direktinvestitionen aus diesen beiden Ländern – aus der Russischen Föderation hingegen lediglich 4 bzw. 5 %.⁴³ Außenpolitisch agierte Krawtschuk auch offen anti-russisch. So widersetzte sich der erste ukrainische Präsident diversen Integrationsmechanismen der GUS (beispielsweise dem Gemeinsamen Zollraum) und zögerte eine finale Lösung der Frage der Schwarzmeerflotte hinaus.

Als politische Rache für den anti-russischen Kurs Krawtschuks unterstützen verschiedene Duma-Politiker die ruthenische Autonomiebewegung in der Westukraine. Bei einer Abstimmung im Jahr 1991 hatte dort eine Mehrheit der Wähler für eine Autonomie gestimmt, die ukrainische Verfassung vom Jahr 1996 garantierte jedoch lediglich der Krim eine Autonomie zu.⁴⁴ Die Autonomiebewegung der Ruthenen ebte Mitte der 1990er Jahre wieder ab. Transkarpatien ist für die Ukraine von enormer Bedeutung, da durch dieses Gebiet viele zu realsozialistischen Zeiten errichtete Pipelines nach Westeuropa führen.

Krawtschuk, der laut Parteibuch ein Sozialdemokrat sein sollte, bot auch dem russischen Präsidenten Jelzin an, dass die Krim der Russischen Föderation beitreten könne. Jelzin beharrte jedoch auf dem Prinzip, dass die sowjetischen Grenzen nicht verändert werden dürfen. Letzterer Aspekt der russischen Außenpolitik bis 1999 war beispielsweise der Grund für die Entsendung russischer Marineinfanterie ins georgische Poti im Jahr 1994. In diesem Jahr standen abchasische Einheiten kurz davor, diese georgische Schwarzmeerhafenstadt einzunehmen.⁴⁵ Wäre das geschehen, hätte Georgien vor dem endgültigen Zerfall in Abchasien, Adscharien, Südossetien, Dschawachetien und Kerngeorgien gestanden. In seinem Beharren auf den in Sowjetzeiten gezogenen Grenzen widersprach Jelzin sogar einem russi-

43 Siehe Rosaria Puglisi, *Clashing Agendas? Economic Interests, Elite Coalitions and Prospects for Cooperation between Russia and Ukraine*, *Europe-Asia Studies*, Jg. 55 (2003), Nr. 6, S. 827-845 (hier: S. 833).

44 Siehe Pavel Korduban, *Is Yushchenko's Top Aide Backing Ruthenian Separatist Movement?*, *Eurasia Daily Monitor*, Jg. 5, Nr. 212, 05.11.2008.

45 Siehe „Gudok“: *Für russisch-georgische Beziehungen schlimmer wäre nur ein Krieg*, online: < <http://de.ria.ru/world/20060925/54241892.html> > 25.09.2006.

schen Parlamentsbeschluss aus dem Jahr 1993, in welchem die Abgeordneten die russische Souveränität über die Krimhafenstadt Sewastopol erklärten.⁴⁶ Doch Jelzin hielt in der Frage der post-sowjetischen Grenzen konsequent Kurs.

Als größten außenpolitischen Erfolg konnte Krawtschuk in seiner Amtszeit bis 1994 die nukleare Abrüstung der Ukraine verbuchen. Mit der Unabhängigwerdung hatte die Ukraine einen Teil der sowjetischen Nuklearwaffen geerbt und war somit zur nominell drittgrößten Atomwaffenmacht überhaupt geworden. Trotz seiner nationalistischen und anti-russischen Linie garantierte Krawtschuk – mit Unterbrechungen – den Abtransport der ukrainischen Atomwaffen nach Russland. Kurz nach dem Abtritt Krawtschuks unterzeichneten Vertreter Großbritanniens, der USA und Russlands das Budapester Memorandum, welches die bestehenden Grenzen der Länder sowie die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit garantierte.⁴⁷

Doch es war die Innen- und Wirtschaftspolitik, die Krawtschuk politisch das Genick brach. So erreichte die Inflation der ukrainischen Währung, damals Karbowanez⁴⁸, im Jahr 1992 astronomische Höhen von 2.730 % sowie noch einmal 10.155 % im darauffolgenden Jahr.⁴⁹ Gleichzeitig sank das Lebensniveau und die Produktion ging dramatisch zurück.⁵⁰ Dieser soziale Schock führte dazu, dass die links der Mitte stehenden Parteien bei den Parlamentswahlen im März 1994 relativ gewannen. Die Kommunistische Partei (1991/1992 kurzzeitig verboten), die Sozialistische Partei und die Ukrainische Agrarierpartei, welche aus der Agrarunion der Ukraine aus UdSSR-Zeiten hervorgegangen war, konnten insgesamt jedoch lediglich ein Drittel aller Sitze im ukrainische Parlament erringen.⁵¹

46 Siehe Yeltsin Assails Parliament Vote Claiming Crimean Port for Russia, in: New York Times 11.07.1993.

47 Mit ihren illegalen Einmischungen in die ukrainische Innenpolitik 2004/2005 sowie 2013/2014 brachen Großbritannien und die USA das Budapester Memorandum, noch bevor die Krim der Russischen Föderation beitrug.

48 Karbowanez (Карбованець) war von 1992 bis 1996 die ukrainische Währung. 1996 wurde die Nachfolgewährung mit einem Wechselkurs von 100.000:1 eingeführt.

49 Siehe Anders Åslund, How Ukraine Became a Market Economy and Democracy, Washington D. C. 2009, S. 49.

50 Siehe Kerstin Zimmer, Machteliten im ukrainischen Donbass: Bedingungen und Konsequenzen der Transformation einer alten Industrieregion, Münster 2006, S. 32.

51 Siehe Andrew Wilson, The Ukrainian Left: In Transition to Social Democracy or Still in Thrall to the USSR?, in: Europe-Asia Studies, Jg. 49 (1997), Nr. 7, S. 1293-1316 (hier S. 1303).

Pragmatische Außen- und Wirtschaftspolitik unter Präsident Kutschma

Auf Krawtschuk folgte als zweiter Präsident des Landes Leonid Kutschma, der das Präsidentenamt von 1994 bis 2005 innehatte. Vor einem politischen Scherbenhaufen stehend hatte sich Krawtschuk dagegen entschieden, zur Wahl 1994 anzutreten. Zum wichtigsten Wort in Kutschmas Wahlkampagne 1994 entwickelte sich der Begriff „Pragmatismus“.⁵² Hinter dem in dem nordukrainischen Nowgorod-Siwerskyj geborenen Politiker sammelten sich die wichtigsten entstandenen großbürgerlichen Kreise der Ukraine. Das wichtigste Interesse dieser Politiker war die Etablierung eines Mischsystems aus Marktwirtschaft und starkem Staat.⁵³ Weil viele ukrainische Produkte nicht mit ihren westeuropäischen und nordamerikanischen Pendants konkurrieren konnten, schien dieser Weg der Bourgeoisie der beste für die Ukraine zu sein. Als Kompromiss zwischen den divergierenden Geschäfts- und politischen Interessen der Oligarchen verfolgte Kutschma außerdem eine polyvektorielle Außenpolitik.

Doch die Macht der neuentstandenen Oligarchen war trotz einer engen Verquickung mit dem Präsidenten nicht grenzenlos. Unter Kutschma kam es in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zum bis heute einzigartigen Sturz des Oligarchen Pawlo Lasarenko. Dieser ehemalige Gouverneur der Oblast Dnipropetrowsk (1992-1995) stieg in den Jahren 1996 und 1997 zum Premierminister der gesamten Ukraine auf. In dieser Funktion bereicherte sich Lasarenko jedoch noch mehr als je zuvor. Seine Firma *United Energy Systems of Ukraine (YESU)* entwickelte sich rasch zum größten Konzern der Ukraine. Geleitet wurde die Firma seit 1995 von Julia Timoschenko. Doch der Einfluss Lasarenkos wurde Kutschma und den ostukrainischen Oligarchen-Gruppen unheimlich, und Lasarenko sah sich zunehmend mit Korruptionsanklagen konfrontiert. Nachdem Timoschenko 1997 die Leitung von *YESU* abgegeben hatte, agierte sie im Parlament als Lasarenkos rechte Hand. Doch als Lasarenko im Jahr 1999 endgültig stürzte, gründete Timoschenko ihre eigene Partei, die sie bis heute leitet.⁵⁴ Der Sturz des Oligarchen Lasarenko ist bis heute einzigartig in der Ukraine und wird bei der Stärke der Oligarchen in dem ukrainischen System wohl auch die Ausnahme bleiben.

52 Siehe Rosaria Puglisi, *Clashing Agendas?*, S. 830.

53 Siehe Kerstin Zimmer, *Machteliten im ukrainischen Donbass*, S. 33.

54 Siehe Sławomir Matuszak, *The Oligarchic Democracy – The Influence Of Business Groups in Ukrainian Politics*, in: Centre for Eastern Studies (OSW), Studie Nr. 42, Warsaw, September 2012, S. 15-16, online: www.osw.waw.pl/sites/default/files/prace_42_en_0.pdf. 02.07.2014.

Die Ukraine ist nicht nur Subjekt, sondern auch Objekt der internationalen Beziehungen. Unabhängig von den einzelnen ukrainischen Präsidenten Krawtschuk und Kutschma setzte eine die verschiedenen Regierungen in Washington überdauernde Strategie der US-Außenpolitik auf ein enges Bündnis Polen-Ukraine, damit der russische Einfluss aus dem Balkan herausgehalten werden könnte. Die US-Strategie kam trotz der negativen wirtschaftlichen Entwicklung unter Jelzin nicht von ungefähr: Im Jahr 1996 hatte Russland Jugoslawien einen Kredit bewilligt und ein Jahr darauf tauchte die Russische Föderation als der größte Handelspartner des Balkanstaates in dessen Handelsbilanz auf.⁵⁵ Mit der prorussischen ‚Bulgarischen Sozialistischen Partei‘ an der Regierung in Sofia hatte Russland somit theoretisch einen Korridor vom Schwarzen Meer zur Adria, welcher nicht unter dem Einfluss von EU und NATO stand.

Als eine der Ausgeburten der US-Strategie für eine enge polnisch-ukrainische Zusammenarbeit sowie das Abschirmen Russlands vom Balkan entstand 1997 zunächst als Konsultationsforum die Organisation GUAM.⁵⁶ Aus dieser wiederum entwickelte sich im Verlauf des Jahres 1999 eine umfassende internationale Organisation, die von den USA, Großbritannien und der Türkei finanziert wird.⁵⁷ GUAM soll eine Reihe von Staaten vom russischen Einfluss abschirmen und den USA einen Zugang zu den Rohstoffreserven Zentralasiens an Moskaus Einflussbereich vorbei garantieren. Als Reaktion auf die Gründung der GUAM entstand 2001 mit russischer Unterstützung die ‚Gemeinschaft nicht-anerkannter Staaten‘⁵⁸, in welcher sich Abchasien, Bergkarabach, Südossetien und Transnistrien zusammenschlossen.⁵⁹ Somit konnte die russische Politik auf drei der GUAM-Mitglieder indirekt Druck ausüben.

Eine weitere Überlegung der US-Außenpolitik zur besonderen Kultivierung der polnisch-ukrainischen Beziehungen stellte die allgemeine Überlegung dar, dass von den EU-Großmächten gegenüber Russland stets die

55 Siehe James Headley, *Russia and the Balkans: Foreign Policy from Yeltsin to Putin*, New York 2008, S. 293.

56 Der Name kommt von den vier Mitgliedsstaaten Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldau. 1999 bis 2005 war auch Usbekistan Mitglied dieses Bündnisses, damals hieß es dann GUUAM.

57 Siehe Kees van der Pijl, *Global Rivalries – From the Cold War to Iraq*, London 2006, S. 281. Seit einigen Jahren ist außerdem Lettland Beobachterland in diesem Bündnis.

58 Im Russischen Содружество непризнанных государств, also eigentlich СНГ abgekürzt, wegen möglicher Verwechslung mit der GUS (Содружество Независимых Государств, СНГ) jedoch meist СНГ-2 bezeichnet.

59 Siehe Marcin Kosienkowski, *Continuity and Change in Transnistria's Foreign Policy after the 2011 Presidential Elections*, Lublin 2012, S. 50.

Tendenz zu einer „Rapallo-Politik“ bestehen würde.⁶⁰ Die Einflussnahme auf die Ukraine durch die US-Politik wiederum konnte dementsprechend immer wieder als Mittel der Regulierung dieser Politik benutzt werden.⁶¹ Und so erhielt die Ukraine in den 1990er Jahren besondere Nachsicht bei IWF-Krediten, damit die Linie Warschau-Kiew aufrechterhalten werden konnte. Im Gegensatz zu den Staaten Lateinamerikas und Afrikas, wo der IWF stets auf einer neoliberalen Schocktherapie beharrte, ließen die Vertreter des Weltwährungsfonds bei der Ukraine große Nachsicht walten. Die geostrategischen Überlegungen der USA schienen wichtiger als wirtschaftsliberale Dogmen.

Als Höhepunkt der Annäherung der USA und der Ukraine nahm die ukrainische Armee am Irak-Krieg 2003 mit insgesamt 1.600 Soldaten teil. Außerdem stellten ukrainische Staatskonzerne Großraumflugzeuge des Typs Antonow zur Verfügung.⁶² *Antonow*, der Hersteller der größten Lastenflugzeuge der Welt, ist ein ukrainischer Konzern, hat 12.000 Angestellte in dem Land, und die Unternehmensführung sitzt in Kiew. Nach der Zerschlagung der irakischen Armee und der Besetzung des Landes kontrollierten die ukrainischen Soldaten einen Teilbereich der polnischen Besatzungszone. Die US-Strategie zur polnisch-ukrainischen Annäherung hatte ihren militärpolitischen Höhepunkt erreicht.

Doch der nationale bürgerliche Konsens in der Ukraine selbst geriet ins Wanken. In der ukrainischen Bourgeoisie taten sich Anfang der 2000er Jahre Risse auf. Janukowitsch, unter Kutschma Ministerpräsident und von diesem und einigen Oligarchen aus der Ostukraine als Präsidentschaftskandidat vorgesehen, widersetzte sich einigen vom IWF unterstützten Reformen und zeigte Anzeichen, nicht einzig und allein unter der Knute der Oligarchen stehen zu wollen. Janukowitsch erschien damit im Trend des damaligen internationalen Umfeldes der Ukraine. Im großen Nachbarland Russland wandte sich der am 7. Mai 2000 ins Amt eingeführte Präsident Putin gegen atlantisch orientierte Oligarchen wie Michail Chodorkowski. Chodorkowski, als Spitze der neuentstandenen russischen Großbourgeois-

60 Im November 1993 stellte beispielsweise der damalige bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber (im Amt 1993-2007) die bisherige Ausrichtung der Außenpolitik der BRD infrage und deutete Sympathie für das gaullistische Projekt eines „Europas der Nationen“ an. Vgl. Andreas Behnke, *The theme that dare not speak its name: Geopolitik, geopolitics and German foreign policy since unification*, in: Stefano Guzzini (Hg.), *The Return of Geopolitics in Europe? Social Mechanisms and Foreign Policy Identity Crises*, Cambridge 2013, S. 101-126 (hier: S. 115).

61 Siehe Kees van der Pijl, *Global Rivalries – From the Cold War to Iraq*, S. 351.

62 Siehe Hannes Hofbauer: *Politische Krise in Kiew: Wem gehört die Ukraine?*, in: *junge Welt* 14.12.2004.

sie, hatte den Kontakt mit den transnational verschränkten Oberschichten der nordatlantischen Großmächte gesucht.⁶³ Der gebürtige Moskauer finanzierte neokonservative Denkfabriken in den USA großzügig, und Henry Kissinger, der US-Außenminister 1973-1977, saß beispielsweise im Vorstand von Chodorkowskis persönlicher Politikstiftung.⁶⁴ Auch im kleineren GUS-Nachbarland der Ukraine, Moldau, sah sich die neuentstandene Oberschicht in Gefahr: Anfang 2001 wählten die moldauischen Parlamentarier Wladimir Woronin zum ersten kommunistischen Präsidenten des Landes. Das erste Mal nach dem Zusammenbruch der UdSSR übernahm ein Politiker mit KP-Parteibuch die Amtsgeschäfte eines post-sowjetischen Staates.

Für viele Strategen der offiziellen und inoffiziellen US-Außenpolitik kamen diese Entwicklungen nicht gelegen, denn der Korridor Polen-Ukraine drohte ins Wanken zu geraten. Vorfeldorganisationen der US-Außenpolitik mobilisierten deswegen, um den Amtsantritt von Janukowitsch verhindern zu können. Im Land wiederum agierten einige Oligarchengruppen aufgeschreckt, da die Befürchtung im Raum stand, Janukowitsch könnte zu einer Art „ukrainischem Putin“ werden. Nach den Wahlen vom November 2004, die Janukowitsch mit 49,4 % der Stimmen (gegenüber 46,7 % für Juschtschenko) gewonnen hatte, mobilisierten verschiedene Kräfte aus der Ukraine selbst sowie dem NATO-Ausland und erzwangen eine erneute Abstimmung, die der kleinbürgerliche Neoliberale Juschtschenko dann knapp gewann. Der orangene Umsturz war erfolgreich und Juschtschenko zog in den Marienpalast, den Sitz des Staatsoberhauptes, ein.

Die Orangen: Neoliberale Schocktherapie und einseitige Annäherung an NATO und USA

Roman Romanow, ein Mitarbeiter der vom US-Milliardär George Soros finanzierten ‚Open Society Foundation‘, berichtete nach dem Umsturz, dass seine Organisation Hunderte Nichtregierungsorganisationen im Land unterstützt, sie in ein internationales Netzwerk eingebunden, ihre Aktivisten auf Versammlungen nach Westeuropa und Nordamerika gesandt und die Wende in Richtung Juschtschenko minutiös vorbereitet hatte. Zur Durchführung der so genannten „orangenen Revolution“ finanzierten *NED*,

63 Zur Entstehung dieser transnationalen Klasse siehe Kees van der Pijl, *The Making of the Atlantic Ruling Class*, London² 2012.

64 Siehe Kees van der Pijl, *Global Rivalries – From the Cold War to Iraq*, S. 375, Fn 127.

IRI und *NDI*⁶⁵ den Druck von Propaganda-Flugblättern und Broschüren in Millionenaufgabe, die Indienststellung von Fernseh- und Radio-Sendern, die Zahlung von Handgeldern an unentschlossene Wählergruppen, stellten 1.500 geheizte Zelte zur Verfügung und verteilten kostenlos warme Nahrung während der tage- und nächtelang anhaltenden Anti-Janukowitsch-Proteste bei Kälte in Kiew. Schätzungen gehen von mehreren hundert Millionen US-Dollar aus (darunter 65 Mio. US-Dollar vom US State Department an Behörden und Auftragsfirmen), die direkt für den Umsturz in Bewegung gesetzt wurden. „Die orange Revolution ist das Ergebnis unserer Arbeit und gleichzeitig das Startsignal für eine neue Etappe“, erklärte Romanow.⁶⁶ Für eine Massenbasis des orangenen Umsturz sorgten unter anderem die wirtschaftlichen Zerrbilder, die orangene Neoliberale von ihrem Land zeichneten. So erklärte Oleksandr Kendjuchow, ein Ökonom an der Technischen Universität Donezk und Mitglied der 2009 gegründeten Ukrainischen Union der Wirtschaftswissenschaftler: „Zwischen 2015 und 2030 muss es uns gelingen [...], zu den Top Ten der Weltökonomien aufzusteigen!“⁶⁷ Eine aberwitzige Vorstellung der Möglichkeiten der ukrainischen Wirtschaft.

Die Entlassungen von 30 % der Mitarbeiter in diversen Ministerien nach dem Machtumsturz garantierten rasch eine orangene Färbung der Bürokratie.⁶⁸ Einige der ukrainischen Oligarchen orientierten sich nach dem Umsturz um und finanzierten die neuen Kräfte an der Regierung in Kiew. Das berühmteste Beispiel dafür ist der sogenannte „Rasum-Block“ des „Schokoladenkönigs“ Petro Poroschenko. Dieser Oligarch trägt diesen Spitznamen, da er neben Werften und Waffenfabriken größere Unternehmen der Süßwarenindustrie des Landes besitzt. Poroschenko wollte sich besonders mit Juschtschenkos ‚Unsere Ukraine‘ gutstellen. Andere Oligarchen, wie der frühere Verwaltungschef von Kutschma, Viktor Medwetschuk, wiederum suchten in der politischen Opposition ihr Heil. Medwetschuk, von dessen Tochter Wladimir Putin der Pate ist, gründete die Nichtregierungsorganisation ‚Ukrainische Wahl‘⁶⁹, die sich für den Beitritt der Ukraine zur Zollunion/Eurasischen Union einsetzt.⁷⁰

65 Die drei großen US-amerikanischen Politikstiftungen National Endowment for Democracy (überparteilich), International Republican Institute (Republikaner) und National democratic Institute for International Affairs (Demokraten).

66 Zitiert bei Hannes Hofbauer, Welche Revolution?, in: junge Welt 31.05.2005.

67 Zitiert bei Hannes Hofbauer, Im Griff des IWF, in: junge Welt 22.10.2009.

68 Siehe Hannes Hofbauer, Demokratie in Orange, in: junge Welt 28.05.2005.

69 Ukrainische Wahl (Український вибір) ist im öffentlichen Raum vor allem in sozialen Medien aktiv.

70 Zur Zollunion siehe Hubert Thielicke (Hg.), Die Eurasische Union: Postsowjetischer Traum oder weitreichendes Integrationsprojekt?, Reihe *Welttrends Spezial*, Heft 8,

Einen wiederum anderen Weg hatte der enge Vertraute von Rinat Achmetow („Der ungekrönte König des Donbass“⁷¹) und Geschäftsmann in der Ernährungsindustrie, Boris Kolesnikow, eingeschlagen. Der Politiker, der damals bereits großen Einfluss in der ostukrainisch dominierten Sammlungspartei ‚Partei der Regionen‘ (PdR) besaß, nahm parallel zu den Anti-Janukowitsch-Demonstrationen auf dem Kiewer Maidan im November 2004 an einem Kongress in Sjewerodonezk in der Oblast Lugansk teil. Zu diesem Kongress reisten verschiedene Vertreter von Regionalverwaltungen der südlichen und östlichen Regionen der Ukraine an. Kolesnikow unterstützte bei dieser Gelegenheit die Idee, eine autonome Republik der Süd- und Ostukraine zu gründen.⁷² Die Widersprüche zwischen Ost- und Westukraine flammten wieder auf. Nach dem Regierungsantritt der Orangen in Kiew wurde Kolesnikow wegen undurchsichtiger Geschäftspraktiken festgenommen und erst nach ein paar Monaten wieder freigelassen.

Trotz der verschiedenen Strategien der früheren Weggefährten des Zentrums der Macht schien der Marienpalast zunächst für die Orangen sicher. Die Regierung Juschtschenko stellte unmittelbar nach Amtsantritt unverzüglich jede staatliche Unterstützung für Branchen wie die Metallindustrie oder den Automobilbau ein, und die staatlichen Programme für die Industrieproduktionen wurden gekappt. Die staatliche Attacke auf die ukrainische Industrie zielte in erster Linie auf die Janukowitsch-freundlichen Oligarchen. Außerdem forcierte die neue Ministerpräsidentin Timoschenko eine neue Währungspolitik, die vor allem für den exportorientierten Teil der Wirtschaft eine Katastrophe war. Zwar schädigte dies kurzfristig gewisse Oligarchen wie Achmetow, hatte jedoch langfristig verheerende Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft, da ausländische Importeure besonders leicht Fuß fassen konnten. Die gesamte Amtszeit der beiden orangenen Politiker war geprägt durch den Niedergang des Mittelstandes und die versuchte Inflationsbekämpfung.

Diese politisch forcierten ökonomischen Entwicklungen und der teilweise Abschwung der Wirtschaft wiederum stellten eine Besonderheit unter den GUS-Ländern dar. 2005 war Belarus die erste Ex-Sowjetrepublik, die in diesem Jahr das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Ära vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion wieder erreichte – es lag bei erstaunlichen 120 %

Potsdam 2012.

71 Siehe Benjamin Bidder, Achmetow gegen Separatisten: Der Oligarch schlägt zurück, online: < <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-oligarch-achmetow-erklaert-separatisten-den-krieg-a-970573.html> > 20.05.2014.

72 Siehe Sławomir Matuszak, *The Oligarchic Democracy ...*, a. a. O., S. 23.

des Niveaus von 1990.⁷³ In Russland wiederum lag dieser Indikator bei 85 % sowie in der Ukraine bei 60 %. Bis zum Jahr 2013 hat die Russische Föderation das BIP von 1990 wieder erreicht, die Ukraine hingegen stagniert weiter bei circa 60 %. Doch nicht nur das: Während der ersten drei Jahrfünfte im Kapitalismus hat die Ukraine auch einen beispiellosen Bevölkerungsschwund erlitten. So hat das Land im Jahr 2013 circa 44,5 Millionen Einwohner, wobei die Bevölkerung 1990 noch 50 Millionen umfasst hatte. Durch Abwanderung und einen für die breite Masse der Bevölkerung sinkenden Lebensstandard in den vergangenen 24 Jahren ist diese Zahl immer weiter gesunken. Die Bevölkerungsgröße heute entspricht ungefähr dem Wert von 1966.

Doch Faktoren wie der Lebensstandard spielten bei der radikal-neoliberalen Politik der Regierung Timoschenko keine Rolle. Die Schwerpunkte der orangenen Politik lagen bei der Schwächung des politischen Gegners, der eigenen Bereicherung und der Türöffnung für westliches Kapital. So verabschiedete die Rada 2006 ein Gesetz, nach welchem die zuvor durchgeführte Privatisierung des größten Stahlwerks *Kriworoschstal* im zentral-ukrainischen Kriwoj Rog annulliert wurde. Doch der Konzern geriet nur unter staatliche Kontrolle, um dem Einflussbereich des politischen Gegners entzogen zu werden. Wiktor Pintschuk, der eine Tochter Kutschmas geheiratet hatte, kontrollierte nämlich *Kriworoschstal*. Die Orangenen wiederum verkauften den Großkonzern erneut – dieses Mal an den indisch-US-amerikanischen Stahlriesen *ArcelorMittal*. Dieser Schritt stellte den Anfang für westliches Auslandskapital bei der Toröffnung in größerem Umfang dar.⁷⁴ Der von Vorfeldorganisationen der US-Außenpolitik finanzierte Umsturz zahlte sich erstmals für das US-amerikanische Kapital aus.

Auch in der Außenpolitik setzten die Orangenen vollkommen neue Akzente. Im April 2005 unterschrieben Präsident Juschtschenko und der damalige NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer eine Vereinbarung, derzufolge beide Seiten die Aufnahme der Ukraine in die NATO betreiben wollen. Von der lange beschworenen Neutralität des Landes schien keine Rede mehr zu sein. „Dieses Treffen hatte revolutionären Charakter [...]. Zum ersten Mal hat man anerkannt, [dass] die Ukraine atlantisch werden will und werden kann“, erklärte Oleksandr Schnirkow, ein orangener Mitarbeiter beim Institut für internationale Beziehungen in Kiew.⁷⁵ Bei ihrer dem atlantischen Militärbündnis gegenüber aufgeschlossenen Haltung konnten die Orangenen sich jedoch keiner Mehrheit in der

73 Siehe Werner Pirker, Belarus wählt, in: junge Welt 21.09.2012.

74 Siehe Hannes Hofbauer, Im Griff des IWF, in: junge Welt 22.10.2009.

75 Zitiert bei Hannes Hofbauer, Welche Revolution?, in: junge Welt 31.05.2005.

eigenen Bevölkerung sicher sein. 55 Prozent der Ukrainer lehnten im Jahr 2008 einen Beitritt ihres Landes zur NATO ab und lediglich 22 Prozent begrüßten diesen.⁷⁶ Die NATO-freundliche Politik konnte nur unter Bruch der Autonomie der Krim forciert werden, da diese Konsultationen in solchen Fragen vorsah.⁷⁷

Auch gegenüber Moskau direkt gingen die orangene Regierung, der Präsident und Teile der Justiz auf Konfrontationskurs. So bezeichnete Präsident Juschtschenko die Stützpunkte der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim als „destabilisierenden Faktor“. Dazu kam, dass ukrainische Behörden russische Waffen auf dem Weg von der russischen Flotte zu einem Depot blockierten und die orangegefärbte Kiewer Justiz der Schwarzmeerflotte Steuerbetrug vorwarf. Der russischen Schwarzmeerflotte sollte anscheinend das Weiterbestehen auf der Krim so schwer wie möglich gemacht werden.

Die nationalistische und Pro-NATO-Politik der Orangen ließ auch den Separatismus und die Autonomiebestrebungen einiger ethnischer Minderheiten wieder aufleben. Die nationalistischen Anhänger von Juschtschenko setzten nämlich unter anderem auf eine Ukrainisierung des Bildungssystems.⁷⁸ Wegen des nationalistischen Drucks erklärte im Oktober 2008 im transkarpatischen Mukatschewe eine Versammlung von ethnischen Ruthenen, dass die ruthenische Autonomie implementiert werden müsse, sonst würde sie einseitig durchgesetzt.⁷⁹ Auch erklärten die Aktivisten, eine Interimsregierung für Ruthenien aufgestellt zu haben. Die rechtsradikale Swoboda-Partei wiederum ließ erklären, dass hinter diesen Bestrebungen „der Kreml“ stehen würde und die Autonomiebestrebungen gemeinsam mit denen auf der Krim von Moskau ausgenutzt würden, um die Ukraine in die Knie zu zwingen.⁸⁰

Außenpolitischer Druck sowie das Engagement von Autonomisten und Separatisten blieben jedoch nicht die einzigen Probleme, mit denen das Gespann Juschtschenko-Timoschenko zu kämpfen hatte. Die internationale Finanzkrise traf die ukrainische Wirtschaft mit besonderer Härte. Doch

76 Siehe Tomasz Koniecz, Kriegsspiele rund um Odessa, in: junge Welt 15.07.2008.

77 Siehe Willi Gerns, Pulverfaß Krim, in: junge Welt 04.03.2014.

78 Siehe Pierre Heumann, Ukraine: Steiniger Weg in die Nato, online:
< <http://www.handelsblatt.com/archiv/im-land-der-zwei-herzen-ukraine-steiniger-weg-in-die-nato/3019672.html> > 11.09.2008.

79 Die ruthenischen Aktivisten bezeichneten sich als Soim. Dies ist der Name des traditionellen ruthenischen Parlamentes.

80 Siehe Pavel Korduban, Is Yushchenko's Top Aide Backing Ruthenian Separatist Movement?, in: Eurasia Daily Monitor, Volume 5, Issue 212.

während selbst US-amerikanische Neoliberale in einer Krise wie der ab 2007/2008 auf eine Abschottung des eigenen Markts setzten, ließen sich die Radikal-Neoliberalen unter Juschtschenko durch nichts beirren. Die Orangenen forcierten den Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) ohne Übergangsfristen oder irgendwelche besonderen Vorbedingungen. 2008 war es soweit und die Ukraine trat dieser Organisation bei, was einen erneuten Liberalisierungsschub bedeutete. Erst unter Janukowitsch sollte die Ukraine Nachverhandlungen mit der WTO starten.⁸¹

Aufgrund der Weltwirtschaftskrise und der krisenfördernden, weil dogmatisch-neoliberalen Politik von Juschtschenko sank im ersten Halbjahr 2009 die Industrieproduktion, verglichen mit erstem Halbjahr 2008, um sagenhafte 30 %. Die Budgeteinnahmen gingen im selben Halbjahr in Relation zum ersten Halbjahr des Vorjahres um ein Fünftel zurück. Die Regierung erklärte, dass sie gezwungen sei, Kredite vom IWF anzunehmen. Doch damit gelangte die Ukraine vom Regen in die Traufe. Die IWF-Kredit-Bedingungen beinhalteten unter anderem die Forderungen nach Privatisierung von Wohnraum, der Erhöhung von Massensteuern sowie der Streichung sämtlicher Subventionen im Sozialbereich. Juschtschenko und seine Verbündeten zeigten sich hingegen nicht zimperlich und begannen diese erneute wirtschaftsliberale Schocktherapie umzusetzen. Die Dogmatiker vom Weltwährungsfonds forderten sogar eine Verdreifachung des Gaspreises für die einfache Bevölkerung.

Durch die vom IWF diktierten Bedingungen und das konjunkturell eh schlechte Umfeld kam es zu einem allgemeinen Lohnrückgang von 10 %. Zwischen September 2008 und September 2009 verlor die ukrainische Währung, die Hrywna⁸², gegenüber dem US-Dollar circa 80 % ihres Wertes. Der immer weiter sinkende Stahlpreis nach dem Beginn der Finanzkrise 2007/2008 minimierte außerdem die wichtigsten Exporteinnahmen der Ukraine beträchtlich.

Doch nicht nur der Weltwährungsfonds in Washington diktierte der ukrainischen Regierung harte Bedingungen. Aufgrund der russlandfeindlichen Außenpolitik des Duos Timoschenko-Juschtschenko revidierte die russische Regierung die Vorzugsbedingungen beim Gaseinkauf, welche die Ukraine bis zum Ende des Jahres 2008 genossen hatte. Ab dem Januar 2009 galt ein neuer Liefervertrag mit Russland. Dieser koppelte den

81 Siehe Yanukovych hopes for review of WTO terms, deeper IMF cooperation, online: < <http://www.kyivpost.com/content/business/yanukovych-hopes-for-review-of-wto-terms-deeper-imf-cooperation-318126.html> > 25.12.2012.

82 Die Hrywna (Гривня) ist seit 1996 die ukrainische Währung.

Gaspreis an die Preise auf den Weltmärkten. Die sowieso aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise gebeutelte Regierung in Kiew konnte die Lieferungen nicht zahlen, weshalb die EU spezielle Hilfskredite an das Land vergab. Diese hatten den alleinigen Zweck, die offenen ukrainischen Rechnungen begleichen zu können.⁸³ Der EU schien der Erhalt der nationalistischen und neoliberalen Regierung unter Timoschenko und Juschtschenko wichtiger als ein möglicher Schwenk in der Kiewer Politik.

Im Zuge des offensichtlichen Scheiterns der orangenen Regierung kam aus Mitteleuropa der Vorschlag, die Ukraine zu spalten. Heinz Brill, der von 1978 bis 1997 im Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr gearbeitet hatte und 1993 Wissenschaftlicher Direktor im Zentralen Forschungs- und Studienbereich dieses Amtes wurde, veröffentlichte in der Österreichischen Militärischen Zeitschrift (ÖMZ) einen Artikel mit dem Titel „Die NATO-Osterweiterung und der Streit um Einflussphären in Europa“. In diesem sprach sich Brill für eine Teilung der Ukraine entlang des Dnjepr aus.⁸⁴ Der wichtige Schwarzmeerhafen Odessa sowie die Pipeline Odessa-Brody und die wichtigen Schiffswerften von Mikolajiw wären nach dem Vorschlag Brills der Westukraine zugefallen. Odessa bildet mit seinem Hafen einen wichtigen Teil des sogenannten „Euro-Asiatischen Transportkorridors“, den EU-Strategen zum Abtransport von Erdöl aus dem Kaspischen Becken unter Umgehung Russlands nach Westen nutzen wollen. Ebenfalls westlich des Dnjepr liegen die beiden Schwarzmeerhafenstädte Cherson und Juschny. In letzterer Stadt gibt es einen Ölhafen, der unter anderem dazu genutzt wird, georgisches Öl über das Schwarze Meer nach Westeuropa zu verbringen. Cherson besitzt ebenfalls einen Ölhafen und hat eine direkte Anbindung an die Pipeline Odessa-Brody, die Öl vom Schwarzen Meer bis an die polnische Grenze führt.⁸⁵ Doch in den politischen Diskursen West- und Osteuropas griff niemand Brills Vorschlag auf.

83 Siehe Hannes Hofbauer, Im Griff des IWF, in: junge Welt 22.10.2009.

84 Siehe Heinz Brill, Die NATO-Osterweiterung und der Streit um Einflussphären in Europa, in Österreichische Militärische Zeitschrift, Jg. 201 (2009), Nr. 6, S. 187-192.

85 Siehe „De-facto-Staat“ Ostukraine, online: < <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57684> > 01.12.2009.

Der gemäßigte Außen- und Innenkurs der Regierungen Asarow unter Präsident Janukowitsch

Konfrontiert mit dem totalen wirtschaftlichen Desaster als Folge der neo-liberalen Politik der Orangenen begann der Wahlkampf 2010. In diesem machte sich Viktor Janukowitsch für eine blockfreie Ukraine stark.⁸⁶ Damit setzte er auf die Rückkehr zur außenpolitischen Linie unter Kutschma, die – zusammen mit der Wirtschaftspolitik und den günstigen Kreditbedingungen in den 1990er Jahren – der Ukraine die längste Phase wirtschaftlichen Aufschwungs im Kapitalismus seit den 1990er Jahren beschert hatte. Wirtschaftspolitisch setzte der Kandidat der ‚Partei der Regionen‘ auf eine gemäßigte wirtschaftsfreundliche Politik. Angesichts der weiter anhaltenden Stärke des orangenen Lagers vor allem in der Westukraine ließen Vertreter der Kommunistischen Partei verkünden, die Präsidentschaftswahl sei eine Wahl zwischen zwei Übeln. In dieser Situation rief die KPU dazu auf, dem Vertreter des “nationalen Kapitals” – Janukowitsch – den Vorzug vor der Repräsentantin der “Kompradorenbourgeoisie” – Timoschenko – zu geben.⁸⁷ Die Wahl gegen Timoschenko gewann Janukowitsch (Janukowitsch 49 %, Timoschenko 45 %), der bis dahin amtierende Präsident Juschtschenko erhielt lediglich 5,45 % der Stimmen.

Nach seinem Sieg bei der Präsidentschaftswahl vom 17. Januar (1. Runde) und 7. Februar 2010 (2. Runde) ernannte Janukowitsch seine erste Regierung unter Premier Mykola Asarow, die sich auf die Fraktionen der ‚Partei der Regionen‘, des ‚Lytwyn-Volksblocks‘ und der Kommunistischen Partei stützen konnte. Die Koalition trug den Namen „Reformen und Ordnung“. Der Einfluss der Kommunisten reichte aufgrund des mageren Ergebnisses von 5,4 % bei den Parlamentswahlen 2007 hingegen nicht weit. Trotzdem konnten die KPU und ihre Jugendorganisation ‚Komso-mol‘ durchsetzen, dass das Bildungsministerium im Jahr 2011 die Neuformierung der alten Pionierorganisationen ankündigte. Die ukrainischen Kommunisten setzen anscheinend sowohl auf eine Politik der kleinen Schritte als auch auf eine Strategie des geringeren Übels.

Im Jahr 2010 erhielt die Ukraine einen IWF-Kredit, der noch vom Gespann Juschtschenko und Timoschenko ausgehandelt worden war. Eine zentrale Bedingung des IWF stellte die „Reform des Rentensystems“ dar. Solch eine Reform hätte massive Rentenkürzungen durch Privatisierungen im

86 Siehe Wahlkampf: Janukowitsch macht sich für blockfreie Ukraine stark, online:

< <http://de.ria.ru/world/20100202/124943741.html> > 02.02.2010.

87 Siehe Detlef D. Pries, »Feigling« und »Lügnerin« streiten um jede Stimme, in: Neues Deutschland 06.02.2010.

Rentensystem sowie das Eindringen ausländischen Kapitals in den so genannten „Rentenmarkt“ bedeutet. Außerdem diktierten die IWF-Bedingungen, dass die Löhne und Renten der Ukraine eingefroren werden müssen sowie Subventionen für Treibstoff und Heizung zu kürzen seien. Doch im Frühjahr 2011 stellte die Regierung Asarow die Kooperation mit dem IWF ein. Die dritte Tranche des 15-Milliarden-Dollar-Kredits kam nicht mehr zur Auszahlung.

Die Asarow-Regierung begann in der folgenden Zeit, die einseitige Bindung an den Westen zu lockern. So erhielt die Ukraine im September 2010 einen 4-Milliarden-Dollar-Kredit von der Volksrepublik China für Infrastrukturprojekte. Im Juli 2012 folgte ein weiterer Kredit über drei Milliarden Dollar zur Entwicklung der ukrainischen Landwirtschaft sowie im März 2013 kam ein weiterer Kredit über 1,5 Milliarden Dollar hinzu. Die Beziehungen blieben jedoch nicht einseitig: In das Reich der Mitte konnte die Ukraine ihre Exporte massiv ausbauen. So begann 2012 die Lieferung von Mais aus der Ukraine nach China. 2013 umfasste das jährliche Getreideexportvolumen bereits über 4 Millionen Tonnen. Die Regierung Asarow rückte von der einseitigen EU- und NATO-Fixierung ihrer Vorgänger wirtschaftlich ab.

Auch haben die Beziehungen zwischen Kiew und Peking eine militärische Komponente, die bei der Betrachtung der Ukraine oft vernachlässigt wird. So hatte im Jahr 1998 ein Investor aus dem damals noch portugiesischen und erst ab 1999 offiziell chinesischen Macao von der Ukraine einen Flugzeugträger abgekauft. Nachdem der Flugdeckkreuzer in der VR China ankam, verschwand er für lange Zeit von der Bildfläche und wurde bis 2011 modernisiert. Im August desselben Jahres lief das Schiff zu seiner ersten Probefahrt aus. Die ‚Liaoning‘ ist bisher Chinas einziger Flugzeugträger. Neben diesem Großeinkauf gibt es auch längerfristige Kooperationen zwischen beiden Ländern im militärischen Bereich. So basieren die trägergestützten Kampffjets der Volksbefreiungsarmee des Typs Shenyang J-15 auf der russischen Su-33, von denen China 2001 einige Maschinen der Ukraine abgekauft hatte. Darüber hinaus sind Chinas modernste Zerstörer mit Gasturbinen ausgestattet, die 1990 aus der Ukraine importiert wurden.⁸⁸ Wie durch diese Beispiele deutlich wird, haben die in Westeuropa nicht konkurrenzfähigen ukrainischen Waffenkonzerne ihre Märkte in anderen Teilen der Welt.

88 Siehe Werner Birnstiel, China ruft eindringlich nach politischen Lösungen, in: Neues Deutschland 18.03.2014.

Generell verfolgte die neue Regierung unter Janukowitsch einen ausgeglichenen Außenpolitikkurs, wie es auch Anatolij Orel, ein Vertrauter des Präsidenten und PdR-Berater, einem Vertreter der US-Botschaft in Kiew vorab mitgeteilt hatte. Dieser Politikwissenschaftler machte schon vor Amtsantritt von Janukowitsch klar, dass die Ukraine aufhören würde, Waffen nach Georgien zu exportieren. Die Mitgliedschaften in der Östlichen Partnerschaft sowie der GUAM-Organisation sollten ebenso revidiert werden. Generell würde eine Regierung der PdR zu einer multivektoriellen Außenpolitik zurückkehren.⁸⁹ Der Regierungsantritt des von Janukowitsch ernannten Asarow stellte dementsprechend einen herben Rückschlag für die US-Außenpolitik in der Schwarzmeerregion dar.

Der nach dem Amtsantritt von Janukowitsch begonnene neue Außenpolitikkurs brachte auch das weitere Ausbauen der Kontakte zu Ländern des Globalen Südens mit sich. So unterzeichneten das ukrainische Staatsoberhaupt und sein venezolanisches Pendant Hugo Chávez noch im ersten Amtsjahr Janukowitschs ein Abkommen, welches die venezolanischen Ölfelder für ukrainische Unternehmen öffnete.⁹⁰ Darüber hinaus einigten sich Chávez und Janukowitsch auf den Transit venezolanischen Öls nach Belarus und den Kauf von *Antonow*-Flugzeugen durch Venezuela.⁹¹ Beim Staatsbesuch Janukowitschs in Indien im Dezember 2012 bauten auch diese beiden Staaten ihre wirtschaftlichen Beziehungen durch eine Reihe von Verträgen aus. Der Hauptfokus der indischen Interessen ist dabei – wie im Falle Chinas – die Kooperation mit den Rüstungsbetrieben im Osten der Ukraine.⁹² Die multivektorielle Außenpolitik führte – wie diese Beispiele zeigen – zu neuen Partnern in der so genannten „Dritten Welt“.

Doch auch in der Innen- und Wirtschaftspolitik schwenkte die Politik nach dem Abtritt der Orangen um. So setzte die Asarow-Regierung die Stärkung der Mittelschicht und die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter auf ihre Prioritätenliste. Der Mindestlohn stieg beispielsweise von 669 Hrywnia im Monat im Jahre 2009 auf 1.147 Hrywnia/Monat im Jahr 2013. Darüber hinaus sank mit der zügig implementierten Steuerreform die Mehrwertsteuer von 20 % auf 17 %. Im März 2012 erklärte Janukowitsch: „Wir müssen das fundamental wichtige Prinzip der sozialen Gerechtigkeit

89 Siehe Wikileaks-Depesche der Botschaft in Kiew: A Yanukovych Foreign Policy, online: < <http://wikileaks.org/cable/2009/11/09KYIV2054.html> > 25.11.2009.

90 Siehe Venezuela, Ukraine Sign Energy Agreement, online: < http://www.rferl.org/content/Venezuelas_President_Chavez_Visits_Ukraine/2193520.html >, 18.10.2010.

91 Siehe Ukraine to develop oil, gas fields in Venezuela, online: < <http://www.kyivpost.com/content/business/ukraine-to-develop-oil-gas-fields-in-venezuela-86750.html> > 18.10.2010.

92 Siehe Nadine Godehardt/Alexandra Sakaki/Christian Wagner, Krise in der Ukraine – kaum Reaktionen in Asien, SWP-Aktuell 33, Mai 2014, S. 2.

wiederherstellen!''⁹³ In einem begrenzten Rahmen versuchte die Regierung Asarow eine soziale Politik zu machen.

Insgesamt verfolgte die Regierung Asarow unter Präsident Janukowitsch einen neutralistischen Außenpolitik- und semi-peripheren Wirtschaftskurs. Dieser unterschied sich fundamental vom neoliberalen und einseitig auf Washington, Brüssel und Berlin zugeschnittenen Kurs der orangenen Vorgängerregierung. Janukowitsch und sein Machtblock strebten weder eine einseitige Anbindung an die EU und die NATO an, noch setzten sie auf einen einseitig pro-russischen Kurs. Noch im November 2013 unterzeichneten Offizielle der Ukraine mit dem US-Energiekonzern *Chevron* ein Abkommen zur Förderung von Schiefergas. Die neue Methode des Fracking sollte dafür genutzt werden, die Ukraine bis 2020 von russischem Gas unabhängig machen.⁹⁴ Der Vertrag hatte eine Laufzeit, die auf bis zu 50 Jahre hätte ausgedehnt werden können.⁹⁵ Bereits im Januar 2013 ging eine Konzession für das Fracking in der Ostukraine an den britisch-niederländischen Konzern *Shell*.⁹⁶ Doch die russischen Konzerne, die dadurch hätten geschwächt werden könnten, verfolgten eine Gegenstrategie: Sie kauften mehrere Raffinerien in der Ukraine auf, so zuletzt die zweitgrößte Ölraffinerie der Ukraine.

Neben dem Kurs auf Energieunabhängigkeit betrieb das Gespann Asarow-Janukowitsch eine Annäherung an das Projekt der Zollunion/Eurasischen Union, zu der bis Anfang 2014 die Staaten Armenien, Belarus, Kasachstan und Russland beigetreten sind oder ihre Beitrittsabsicht bekundet haben.⁹⁷ Als der armenische Präsident ankündigte, dass sich Armenien der Zollunion anschließen wird, bedeutete dies einen enormen Rückschlag der NATO- und EU-Politik gegenüber diesem Kaukasusland. Während Armenien seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1991 vor allem militärisch eng mit der Russischen Föderation verbunden ist, strebte die

93 Siehe Nazar Kholod, *Reforming the Ukrainian Economy under Yanukovych: The First Two Years*, online: < <http://carnegieendowment.org/2012/04/02/reforming-ukrainian-economy-under-yanukovych-first-two-years/a63h> > 02.04.2012.

94 Siehe *Chevron macht Ukraine unabhängiger von Russland*, online: < <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/milliarden-deal-chevron-macht-ukraine-unabhaengiger-von-russland/9033496.html> > 05.11.2013.

95 Siehe Pavel Polityuk/Richard Balmforth, *Ukraine signs \$10 billion shale gas deal with Chevron*, online: < <http://mobile.reuters.com/article/idUSBRE9A40ML20131105?irpc=932> > 05.11.2013.

96 Siehe *Fracking: Shell bekommt Schiefergas-Zugang in der Ukraine*, online: < <http://www.euractiv.de/ukraine-und-eu/artikel/fracking-shell-bekommt-schiefergas-zugang-in-der-ukraine-007114> > 21.01.2013.

97 Zu den post-sowjetischen Integrationsprojekten: Hubert Thielicke, *Die Eurasische Union: Postsowjetischer Traum oder ...*, a. a. O.

politische Klasse des Landes lange Zeit politisch und wirtschaftlich in die Europäische Union. Aufgrund der armenischen Frontstellung gegen die Türkei und Aserbaidschan unterhält der Kaukasusstaat jedoch enge wirtschaftliche Beziehungen mit dem Iran und enge politische und militärische Beziehungen zu Griechenland und Zypern. Am Beispiel letzterer beider Staaten konnte die armenische politische Klasse in den vergangenen Jahren beobachten, was eine periphere Integration in die EU bedeuten kann: Griechenland wurde Mitte 2013 von Experten als erstes ehemaliges Industrieland wieder als Schwellenland eingestuft.⁹⁸ Neben der EU setzte auch die US-Außenpolitik auf eine Einbindung Armeniens in euro-atlantische Strukturen. Die US-amerikanische Botschaft in Jerewan ist eine der größten Botschaften des State Departments weltweit und erstreckt sich über eine Fläche von über neun Hektar.⁹⁹ Die Reaktionen der Regierungen in Westeuropa und Nordamerika auf die armenische Beitrittsankündigung zur Eurasischen Union (EaU) machten klar, dass eine Assoziierung mit der EU und der EaU nicht möglich sind. Die Frage für die post-sowjetischen Staaten ist jeweils, welchem ökonomischen Block sie sich anschließen wollen. Für die Ukraine wurde klar: Es gibt nur ein Entweder-oder und kein Arrangement mit beiden Seiten.

Im August 2013 beantragte die Ukraine den Beobachterstatus in der EaU.¹⁰⁰ Doch die außenpolitische Ausrichtung blieb nicht auf einen Wirtschaftsblock beschränkt und bis zuletzt betrieb die Regierung Asarow auch noch die Assoziierung mit der Europäischen Union. Den Weg nach Brüssel stoppte jedoch Präsident Janukowitsch im November 2013 vorläufig. Die Verträge mit *Chevron*, die eine größere Unabhängigkeit von Russland garantieren würden, waren unterzeichnet und aus dieser als Akteur zwischen der EU und EaU gestärkten Position heraus glaubte Janukowitsch anscheinend, es sich leisten zu können, die EU-Assoziierung zu stoppen. Regierungschef Asarow erklärte, dass eine Assoziierung mit der EU unter den Bedingungen, welche die Unterhändler Brüssels stellten, zu einem sozialen Kollaps des osteuropäischen Landes binnen weniger Monate geführt hätte.

98 Siehe Griechenland wird erstes Schwellenland der Euro-Zone, online: < <http://www.handelsblatt.com/finanzen/boerse-maerkte/anlagestrategie/degradierung-im-msci-index-griechenland-wird-erstes-schwellenland-der-euro-zone/8336656.html> > 12.06.2013.

99 Siehe Wolfgang Effenberger, US-Globalstrategie gegen Eurasien heute, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 105, Dresden 2012, S. 32.

100 Siehe Ukraine seeking observer status in Eurasian Economic Union – Yanukovych, online: < <http://en.interfax.com.ua/news/general/182869.html> > 19.12.2013.

Die EU koppelte nämlich ihr Assoziierungsabkommen mit Krediten des IWF und dieser forderte beispielsweise eine massive Abwertung der nationalen Währung der Ukraine, die Einstellung der Subventionen für den Agrarsektor sowie das Einfrieren von Löhnen, Pensionen und Sozialabgaben.¹⁰¹ Zwei Autoren des ‚Instituts für Weltwirtschaft‘ in Kiel kamen zu folgendem Fazit: „Das Abkommen hätte jedoch mit Blick auf die mittelfristige Einkommensentwicklung, den (kurzfristigen) Staatshaushalt und die Bevölkerung erhebliche Anpassungslasten bedeutet, ohne nennenswerte finanzielle Hilfen vorzusehen.“¹⁰² Mit diesen Anpassungslasten dürfte die neoliberale Schocktherapie gemeint sein, auf die sich IWF und EU versteift hatten. Neben den wirtschaftsliberalen Maßnahmen brachte das EU-Assoziierungspaket eine einseitige Ausrichtung auf den Markt der Europäischen Union mit sich.¹⁰³ Die Assoziierung nach Brüsseler Bedingungen hätte eine den wirtschaftlichen Realitäten der Ukraine widersprechende Konzentrierung auf Westeuropa bedeutet.

Nach der Absage der EU-Assoziierung seitens Kiews kam es zu spontanen Protesten verschiedenster oppositioneller Gruppen, vor allem Studenten, auf dem Maidan-Platz in Kiew. Die trotz mehrerer Verwaltungsreformen in der Ukraine weiterhin grassierende Korruption hatte den Unmut weiter Bevölkerungsteile angeheizt. Ein äußerst brutaler Polizeieinsatz der Spezialeinheit ‚Berkut‘ auf dem Maidan Ende November 2013 führte zu einer Welle der Solidarisierung mit den Demonstranten in Kiew. Immer mehr Demonstranten, vor allem aus den Westteilen des Landes, reisten zum Maidan.

Anfang Dezember 2013 ergriff der pro-russische slowakische linkssozialdemokratische Ministerpräsident Robert Fico Partei für den ukrainischen Präsidenten Janukowitsch. In der EU seien viele Politiker überzeugt, dass dieser westeuropäische Staatenbund der beste von allen sei – jedoch sollte jede Regierung auf dem europäischen Kontinent den Integrationsmechanismus wählen, welchen sie für den besten hält.¹⁰⁴ „Die Slowakei hat keine andere als die europäische Alternative“, erklärte Fico außerdem anlässlich

101 Siehe Mykola Azarov, If Ukraine signed association agreement with EU, it would have faced collapse within months, online < <http://www.kyivpost.com/content/ukraine/azarov-if-ukraine-signed-association-agreement-with-eu-it-would-have-faced-collapse-within-months-333940.html> > 18.12.2013.

102 Zitiert bei Guido Speckmann, Erzwungene Hilfe zur Verarmung, in: Neues Deutschland 22.03.2014.

103 Siehe Jürgen Wagner, Ungehemmter Warenverkehr, in: junge Welt 05.02.2014.

104 Siehe Fico supports Yanukovych, online: < http://spectator.sme.sk/articles/view/52280/10/fico_supports_yanukovych.html > 04.12.2013.

des 10. Jahrestages des Beitritts seines Landes zur EU.¹⁰⁵ Doch Fico sollte mit dieser Position alleine bleiben – das Gros der Außenpolitiker der EU und der USA gesellte sich auf die Seite der Demonstranten und Oppositionellen in Kiew. Anfang Dezember demonstrierte der damalige national-liberale Außenminister Deutschlands, Guido Westerwelle, sogar mit auf dem Maidan-Platz.¹⁰⁶ Eine deutliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine.

Nachdem führende Politiker aus den NATO- und EU-Staaten sich auf die Seite der Demonstranten gestellt hatten, kollabierten die Ansätze einer poly-vektoriellen Außenpolitik Janukowitschs. Schnell mussten politische und wirtschaftliche Abkommen geschlossen werden, um das kurz- und mittelfristige wirtschaftliche Überleben der Ukraine zu sichern. So schlossen die ukrainische Regierung und ihr Pendant in Russland im Dezember umfassende Verträge. Diese sicherten Kiews Wirtschaft angeblich einen Rabatt von 25 % auf russisches Gas.¹⁰⁷ Außerdem nahmen beide Seiten Verhandlungen über einen 15-Milliarden-Dollar-Kredit auf.

In der Medienöffentlichkeit Westeuropas und Nordamerikas kaum beachtet, flog Janukowitsch auch nach Peking, um den ukrainisch-chinesischen Beziehungen einen weiteren Schub zu verleihen. Am 5. Dezember 2013 schlossen Vertreter der Ukraine und Chinas langfristige wirtschaftliche und politische Verträge. Beide Seiten vereinbarten den Bau eines Tiefseehafens nahe der Stadt Jewpatorija auf der Krim. In diese Hafenanlage sollen die Chinesen zehn Milliarden Dollar investieren.¹⁰⁸ Darüber hinaus erhielt Janukowitsch in Peking Zusagen für Investitionen und Aufträge in Höhe von 8 Milliarden US-Dollar. Insgesamt beliefen sich die Kredite, die die VR China in den vergangenen vier Jahren an die Ukraine lieh, bereits auf ein Volumen von 16,5 Milliarden US-Dollar. Der chinesische Staatschef Xi Jinping machte außerdem die Zusage, Peking werde im Notfall einen Nuklearschutzschirm über der Ukraine aufspannen, sollte das Land von Großmächten bedroht werden.¹⁰⁹ Die umfassenden wirtschaftlichen Ver-

105 Siehe Stefan Heinlein, 10 Jahre EU-Osterweiterung – Slowakei zieht positive Bilanz, Deutschlandfunk 30.04.2014.

106 Siehe Kiew: Westerwelle geht mit Klitschkos auf „Euro-Maidan“, online: < http://de.ria.ru/security_and_military/20131205/267417500.html > 05.12.2013.

107 Siehe Ilya Arkhipov/Henry Meyer, Ukraine May Clinch 25% Gas Price Discount, Putin Ally Says, online: < <http://www.bloomberg.com/news/2013-12-16/ukraine-may-clinch-25-gas-price-discount-putin-ally-says.html> > 16.12.2013.

108 Die chinesische Seite versicherte, auch nach dem Beitritt der Krim zur Russischen Föderation an dem Hafenprojekt festzuhalten. Siehe China will „Seidenstraße“ bis zur Krim verlängern, online: < <http://de.ria.ru/politics/20140425/268360014.html> > 25.04.2014.

109 Siehe Shi Ming, Ukrainekonflikt: Chinas Weichen sind vorerst gestellt, online:

flechtungen Chinas und der Ukraine im Bereich der Waffenindustrie sowie beim Getreideexport hatten Xi Jinping wohl zu dieser Aussage verleitet. Die Zusage hielt die VR China zum Glück nicht ein.

Einordnung Janukowitschs und seines Machtblocks in die nationale und internationale politische Ökonomie

Janukowitsch kann als Repräsentant einer neutralistischen Außenpolitik der semi-peripheren Ukraine gezählt werden. Er stützte sich bei Amtsantritt auf verschiedene Oligarchen-Gruppen der Ostukraine. Im Laufe seiner Amtszeit jedoch versuchte er, sich vor allem vom ostukrainischen Magnaten Achmetow zu emanzipieren. Dazu schien ein Ziel Janukowitschs gewesen zu sein, eine eigene Oligarchen-Gruppe aufzubauen, in deren Zentrum seine Söhne gestanden hätten. So gelangte Alexander Janukowitsch, einer der Söhne des Präsidenten, beispielsweise zu viel Geld, indem er sich als Zwischenhändler zwischen illegale Kohleabbauer und die Kohlenutzer von Achmetows Industriegruppe schob.¹¹⁰ Darüber hinaus benutzten die Janukowitsch-Söhne Korruption in einem großen Ausmaß, um an enorme Reichtümer zu kommen. Darin ist unter anderem eine der Ursachen für die Massenproteste auf dem Maidan zu sehen. Berühmte Vertreter aus anderen oligarchischen Gruppierungen sollten außerdem geködert werden, um in Janukowitschs Gruppe zu wechseln. Andere Gruppen, die in diese Machtpolitik eingeflochten wurden, waren einerseits die Silowiki¹¹¹ und andererseits Vertreter der alten Donezker Regionalverwaltung, allen voran Mykola Asarow.

Die Entstehung einer neuen mächtigen Oligarchengruppe hätte das bisherige Machtgefüge in der Ukraine durcheinander bringen können. Außerdem hätte solch eine Gruppe die wirtschaftliche Basis für eine grundlegend andere Außenpolitik legen können. Klar ist außerdem, dass durch die unlauteren Methoden der Janukowitsch-Gruppe diese in Konflikt mit den bereits bestehenden großen und kleinen Oligarchengruppen gekommen wäre.

< <http://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/ukrainekonflikt-chinas-weichen-sind-vorerst-gestellt-292/> > 04.03.2014.

110 Siehe Jean-Arnault Dérens/Laurent Geslin, Schwergewichte aus Donezk – Die Revolution in der Ukraine ist eher ein Oligarchenwechsel, in: *Le Monde diplomatique*, April 2014.

111 Siehe Taras Kuzio, Russianization of Ukrainian National Security Policy under Viktor Yanukovich, in: *The Journal of Slavic Military Studies*, Jg. 25 (2012), Nr. 4, S. 558-581.

Größere Oligarchen wie Achmetow oder Wiktor Pintschuk¹¹² haben durchaus Interesse an größeren Exportmärkten, während kleinere Oligarchen hauptsächlich den ukrainischen Markt als ihren Hauptmarkt haben.¹¹³

Allen Oligarchen ist gemein, dass sie kein Interesse daran haben, an Russland angeschlossen zu werden, da die russischen Oligarchen ungemein größer sind. Zusätzlich würden den Geschäftsmännern in der Ukraine durch einen Anschluss an Russland viele außenpolitische Spielräume verloren gehen. Zwischen den exportorientierten Oligarchen wie Achmetow und anderen Geschäftsmännern lavierte Janukowitsch eine größere Zeitlang am Anfang seiner Amtszeit.¹¹⁴ Bereits bei der Regierungsumbildung 2013 wurde die gestiegene Bedeutung der „Familie“, wie die Janukowitsch-Gruppe auch genannt wurde, deutlich.¹¹⁵ Die Selbstständigkeitsbestrebungen der Janukowitsch-Gruppe brachten jedoch einen unbekanntem Faktor in das ukrainische Machtgefüge.

Zu einer Einordnung der Janukowitsch-Gruppe in das ukrainische Machtgefüge generell muss noch ergänzt werden, was für eine Rolle die Ukraine allgemein in der internationalen politischen Ökonomie einnimmt. So ist die Ukraine als ein semi-peripherer Staat einzustufen. Im Gegensatz zu peripheren Staaten weist das Land einen gewissen Grad an Industrialisierung – konzentriert auf einige Kernbereiche – auf, kann jedoch nicht mit den hochentwickelten Industrien Westeuropas, Nordamerikas und Ostasiens mithalten. Dementsprechend sind auch die Außenhandelspartner der Ukraine hauptsächlich in der arabisch-muslimischen Welt sowie in Süd-asien zu finden (die größte Gruppe), erst danach kommen Russland und als drittgrößte Gruppe die EU- und NATO-Staaten. Eine einseitige Orientierung auf die EU oder die EaU ist deswegen für die Ukraine fatal. Im Freihandel mit einem dieser beiden Blöcke würde die Ukraine ökonomisch herabgestuft und vielleicht sogar zu einem peripheren Charakter gelangen. Eines der Kernstücke des ukrainischen Industriesektors ist das Automobilwesen. Die Automobilindustrie stellte von den 1950er bis zu den 1970er Jahren neben der petrochemischen Industrie die Kernbranche des Fordismus dar. Sie funktionierte als die „Basisinnovation“, welche als Grundlage

112 Pintschuk besitzt unter anderem die größte Röhrenfabrik der Ukraine und gründete das national und international gut vernetzte *YES*-Forum, welches der Anbindung der ukrainischen Bourgeoisie an die transnationale atlantische Klasse dient.

113 Siehe Sławomir Matuszak, *The Oligarchic Democracy ...*, a. a. O., S. 64.

114 Siehe Wilfried Jilge, *Zur außenpolitischen Orientierung des neuen ukrainischen Präsidenten und der Partei der Regionen*, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 70, 16.03.2010, S. 2-8 (hier: S. 7).

115 Siehe Tadeusz A. Olszańsk, *Ukraine's new government: compromise between the main Donetsk groups*, OSW-Kommentar, 09.01. 2013.

für die lange Welle des Nachkriegswirtschaftsaufschwungs diene.¹¹⁶ Während der ersten Regierung Azarow legte der damalige Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel, Petro Poroschenko, einen Plan „zur Entwicklung der ukrainischen Autoindustrie“ vor. Das Programm enthielt „protektionistische Maßnahmen, die [...] zu einem Anstieg der Autoproduktion in der Ukraine um das Achtfache bis 2020 führen“ sollten. Der Plan hatte seinen Ursprung in einer Anweisung Präsident Wiktor Janukowitschs aus dem Frühling 2011, Maßnahmen zur Wiederbelebung der ukrainischen Automobilindustrie auszuarbeiten. Die Maßnahmen umfassten unter anderem die Erhöhung der Einfuhrzölle für Autos von 10 % auf 30 %. „Wir sind ohne Übergangsperiode der WTO beigetreten und dies hat den Binnenmarkt für die Importeure geöffnet, welche die einheimischen Autos verdrängt haben“, sagte damals aus diesem Anlass der Ehrenpräsident der Gesellschaft *UkrAwto*, Tariel Wassadse.¹¹⁷ Die ultraliberalen Maßnahmen der orangenen Vorgängerregierung hatten die Automobilindustrie in eine tiefe Krise gestürzt und das Land somit näher an den peripheren Status in der Weltwirtschaft herangeführt. In den Jahren von 2009 bis 2012 verloren 12.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in der Automobilindustrie ihren Job.¹¹⁸ Die größten Autoproduzenten der Ukraine sind *AvtoVAZ (Lada)*, *Bogdan*, *LuAZ*, *ZAZ*, *KrAZ*, *LAZ* und *Chernihivskiyi Avtobusnyi Zavod*.

Der Konzern *AvtoVAZ (Lada)* gehört zu 25 % zum französischen Autobauer *Renault* und unterhält seit 2006 ein Joint-Venture mit *Bogdan*. Dieser Konzern, der unter der Kontrolle von Petro Poroschenko steht, baut zusätzlich südkoreanische Autos in Lizenz sowie Busse, genauso wie *LuAZ*. Der größte Autohersteller des Landes ist *ZAZ* – dieses Unternehmen baut ebenso südkoreanische Autos in Lizenz. *KrAZ* wiederum baut zivile und militärische Lastwagen, *LAZ* Busse, *Chernihivskiyi Avtobusnyi Zavod* Busse und gemeinsam mit belarussischen Unternehmen *Belkommunmash* seit 2011 auch Oberleitungsbusse. Den Hauptmarkt aller dieser Automobilunternehmen bildet die Ukraine selbst. Einzige Exportmärkte sind die Staaten des GUS-Raums sowie Syrien. Ein weiterer Beweis für den semi-peripheren Charakter der ukrainischen Wirtschaft.

116 Siehe Ingar Solty, *Die USA unter Obama*, Hamburg 2013, S. 51.

117 Siehe Die ukrainische Autoindustrie soll geschützt werden, online: < http://ukrainenachrichten.de/ukrainische-autoindustrie-soll-gesch%E3%BCtzt-werden_3347_wirtschaft > 26.10.2011.

118 Siehe Poroshenko plans to protect Ukraine's automotive industry, online: < http://www.ukrinform.ua/eng/news/poroshenko_plans_to_protect_ukraines_automotive_industry_283576 > 06.06.2012.

Weitere entwickelte Sektoren der ukrainischen Industrie sind die Bereiche Weltraumfahrt und Waffenherstellung. Für die Erforschung des Weltraumes plante die Janukowitsch-Regierung ein ambitioniertes Weltraumprogramm, in dessen Rahmen die Ukraine 2017 einen eigenen Satelliten zum Mond geschickt hätte.¹¹⁹ Auch die Waffenindustrie florierte unter allen ukrainischen Präsidenten unabhängig von der außenpolitischen Ausrichtung und hat laut Experten ein „überraschend gutes Entwicklungsniveau“.¹²⁰ Lediglich ukrainische Waffenverkäufe nach Georgien wurden nach PdR-Regierungsantritt eingestellt, da diese Russland provozierten.¹²¹ Die von Janukowitsch ernannte Regierung ließ darüber hinaus auch illegale Waffenverkäufe an das Kaukasusland untersuchen.¹²² Sollte die derzeitige ukrainische Regierung ihren Kurs, die militärischen Kooperationen ukrainischer Unternehmen mit ihren Pendanten in der Russischen Föderation stoppen zu wollen, weiterführen, dürfte die belarussische Wirtschaft stark davon profitieren, da dann wahrscheinlich viele Maschinenteile über Belarus ausgetauscht werden würden.¹²³ Eine anti-russische Politik in diesem Bereich bedeutet einen herben Rückschlag für die Russische Föderation.

Im Gegensatz zu den liberal regierten Großmächten Westeuropas und Nordamerikas befinden sich – basierend auf dem Konsens der ukrainischen Bourgeoisie in den 1990er Jahren – große Teile der Wirtschaft des Landes in staatlicher Hand. Von den im Jahr 2009 100 noch im Land befindlichen Bergwerken gehörten damals lediglich zwei privaten Eignern. Bis auf wenige Ausnahmen waren zu dem Zeitpunkt auch alle ukrainischen Kohlengruben im Staatsbesitz.¹²⁴ Bis heute ist es in der Ukraine auch nicht erlaubt, frei Land anzukaufen und wieder zu verkaufen. Letzterer Fakt ist besonders interessant, da die ukrainischen Agroholdings immer größere Marktanteile auf dem Weltmarkt erreichen konnten und die Ukraine im Geschäftsjahr Sommer 2013 bis Sommer 2014 zum zweitgrößten Getreideexporteur der Welt (nach den USA) aufgestiegen ist.¹²⁵ Die Agroholdings

119 Siehe Ukraine will 2017 eigenen Satelliten zum Mond schicken, online:

< <http://de.ria.ru/science/20111110/261363812.html> > 10.11.2011.

120 Siehe Gregory J. Moore, Ukraine: A military-industrial complex to die for, online:

< http://www.atimes.com/atimes/Central_Asia/CEN-01-270514.html > 27.05.2014.

121 Siehe Wikileaks-Depesche der Botschaft in Kiew ..., a. a. O., 25.11.2009.

122 Siehe Taras Kuzio, Yanukovych's New Best Friend – Hugo Chavez, online:

< <http://jamestownfoundation.blogspot.de/2010/10/yanukovychs-new-best-friend-hugo-chavez.html> > 21.10.2010.

123 Siehe Grigory Ioffe, Belarus: Silver Linings From the Crisis in Ukraine, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 11, Nr. 67, 09.04.2014.

124 Siehe Hannes Hofbauer, Im Griff des IWF, in: junge Welt 22.10.2009.

125 Siehe Arkadiusz Sarna, The transformation of agriculture in Ukraine: From collective

sind Konzerne, die auf Großflächen intensiv Landwirtschaft betreiben. Die rechtlichen Bedingungen in der Ukraine erlauben es den US-Konzernen nicht, ihre Konkurrenten aufzukaufen. In solch eine Lage könnten die Marktführer aus den USA anscheinend nur nach einem erneuten Liberalisierungsschub¹²⁶ und der Degradierung der Ukraine zu einem peripheren Akteur in der Weltwirtschaft kommen.

Der Putsch im Februar 2014

Die Regierungen Deutschlands, der USA und Polens versteiften sich Ende 2013 auf einen Sturz der Regierung Asarow und des ukrainischen Staatsoberhauptes. Bereits im September 2013 hatten polnische Behörden mit der „Ausbildung“ von ukrainischen Demonstranten begonnen. Die potenziellen Regierungsstürzer erhielten eine kostenlose vier Wochen dauernde Schulung in Legionowo, einer Stadt in der mittelpolnischen Wojewodschaft Masowien.¹²⁷ Die polnische Regierung hat die Rolle Polens als eine Art „slawische Türkei“ verinnerlicht und versucht mit verschiedenen Ansätzen drei seiner fünf östlichen Nachbarn (Belarus, Ukraine und Litauen) zu schwächen oder in die Lage zu kommen, diese Hebel anzusetzen.¹²⁸ Zum Jahreswechsel 2013/2014 konzentrierte sich Polen auf die Ukraine.

Die Demonstrationen gegen Janukowitsch begannen in der Nacht vom 21. November 2013. Nach wenigen Tagen flauten die Proteste etwas ab, doch die Demonstrierenden erhielten einen größeren Zulauf, nachdem die ‚Berkut‘-Spezialeinheiten in der Nacht vom 30. November versuchten, die Menge gewaltsam zu vertreiben. In der Folge kamen EU- und US-Spitzenpolitiker ebenso auf den Maidan, um dort zu demonstrieren – eine klare Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine. Der Gipfel der westlichen Einmischung erfolgte jedoch nach den gewaltsamen Eskalationen in Kiew im Januar und Februar 2014. Am 21. Februar warnte NATO-

farms to agroholdings, OSW-Kommentar, 07.02.2014.

126 Gewisse Teile der US-Bourgeoisie scheinen derzeit einen Liberalisierungsschub in der Ukraine zu erwarten. So ist Hunter Biden, der Sohn des US-Vizepräsidenten Joseph Biden, im Mai 2014 in den Vorstand des ukrainischen Energiekonzerns *Burisma* aufgenommen worden. Die Bidens scheinen neue Geschäftsmöglichkeiten in der Ukraine zu erwarten. Siehe Jens Berger, Die Gewinner der Ukraine-Krise (Teil II), online: < <http://www.nachdenkseiten.de/?p=21712> > 14.05.2014.

127 Siehe Andrew Korybko, Proof of Poland's Participation in the Ukrainian Pandemonium, online: < <http://orientalreview.org/2014/04/17/proof-of-polands-participation-in-the-ukrainian-pandemonium/> > 17.04.2014.

128 Siehe Andrew Korybko, Poland as the 'Slavic Turkey' of NATO Destabilization, online: < <http://orientalreview.org/2014/02/21/poland-as-the-slavic-turkey-of-nato-destabilization/> > 22.02.2014.

Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen die ukrainische Regierung davor, die Armee zur Beendigung der blutigen Straßenschlachten in Kiew einzusetzen.¹²⁹

Aufgrund der Eskalation durch bewaffnete Banden¹³⁰ entsandte die EU drei Außenminister nach Kiew, die dort mit der Regierung und den drei großen Oppositionsparteien ein Abkommen unterzeichneten. „Wir werden ein Auge darauf haben, dass aus der Vereinbarung, die hier getroffen wurde, auch Politik wird“, sagte der deutsche Außenminister Steinmeier danach.¹³¹ Einen Tag später jedoch kam es zum Umsturz. Nachdem wochenlang die ukrainische Polizei vor allem durch eine passive Taktik aufgefallen war, stürmten oppositionelle Bewaffnete das Parlament und Verwaltungsgebäude in Kiew. Regierung und Ministerpräsident flohen aus der Hauptstadt, die wochenlang bürgerkriegsartige Szenen erlebt hatte.

Die Opposition, welche monatelang den Parlamentsbetrieb blockiert hatte, zog wieder ins Parlament ein. Es folgte die Wahl eines Präsidenten sowie eines Premiers ohne die benötigten verfassungsgemäßen Voraussetzungen.¹³² Die Putschisten bildeten unter Jazenjuk von Timoschenkos Partei ‚Vaterland‘ sowie unter Beteiligung der rechtsradikalen Swoboda-Partei eine Regierung. So kam unter anderem der erste Verteidigungsminister von Jazenjuks Regierung aus den Reihen der NPD-Partnerpartei Swoboda. Außerdem begannen die UDAR-, Swoboda- und Vaterlandspartei-Fraktionen mit einem Abstimmungsmarathon in den ersten Tagen, der seinesgleichen sucht. Unter den verabschiedeten Gesetzen befanden sich unter anderem das Gesetz zur Beendigung des Verbots von Nazi-Propaganda, das Gesetz zur Einsetzung des Faschisten A. Mahnitskogo als parlamentarischen Kontrolleur über die Generalstaatsanwaltschaft, das Gesetz zur Rückgängigmachung der Minderheitenrechte der russischen, rumänischen, ungarischen und griechischen Sprachen, das Gesetz zur Schaffung eines „Pantheons der nationalen Helden“ und das Gesetz zur Kürzung des Staatshaushaltes.¹³³ Ein weiteres vom Rumpfparlament geplantes Gesetz sieht 10 Jahre Haft für das Besitzen einer doppelten Staatsbürgerschaft

129 Nato-Chef warnt Kiew vor Armee-Einsatz gegen Demonstranten, online:

< <http://de.ria.ru/politics/20140221/267884926.html> > 21.02.2014.

130 Unter anderem durch faschistische Formationen wie die UNA-UNSO, die in den 1990er Jahren bereits Kampferfahrung in verschiedenen Jugoslawien-, Kaukasus-Kriegen und dem Transnistrien-Krieg gesammelt hatten.

131 Zitiert bei Stefan Korinth, Ukraine-Konflikt: Wir sind die Guten, online:

< http://www.novo-argumente.com/magazin.php/novo_notizen/artikel/ukraine_konflikt_wir_sind_die_guten > 06.03.2014.

132 Siehe Rainer Rupp, In trüben Gewässern, in: junge Welt 25.02.2014.

133 Siehe Ukraine to ban Greek as official minority language, online: < <http://www.thetoc.gr/eng/news/article/ukraine-to-ban-greek-as-official-minority-language> > 26.02.2014.

vor.¹³⁴ Nationalistische und neoliberale Maßnahmen gingen bei diesem Abstimmungsmarathon im Februar 2014 Hand in Hand ineinander über.

Parallel zur Regierungsübernahme und der Freilassung von Julia Timoschenko verschärfte sich der Terror diverser faschistischer Banden in der Ukraine. Die linke Organisation ‚Borotba‘ musste ihre Zentrale aus Kiew weg in den Südosten des Landes verlegen, da die Aktivisten in Kiew und der Westukraine „nur im Untergrund“ in der Lage waren zu agieren. Die meisten Abgeordneten der KPU flohen ebenso aus der Hauptstadt, einige sogar bis nach Moskau. Als sich Anfang April der KPU-Vorsitzende Petro Symonenko – dessen Haus und Büro in Kiew von Faschisten niedergebrannt wurde¹³⁵ – traute, eine Rede in der Rada zu halten, überfielen zwei faschistische Abgeordnete ihn während er am Rednerpult stand und es kam zu einer Schlägerei.¹³⁶ Im Mai flohen auch Aktivisten der ‚Borotba‘ ins Ausland, unter anderem deren nationaler Koordinator Sergej Kirichuk.¹³⁷ Symonenko kündigte zwei Tage später an, dass die KPU-Fraktion im ukrainischen Parlament nicht weiterarbeiten werde, solange die Brandstifter nicht gefunden und verurteilt würden.¹³⁸ Die Liberalen, wie De-facto-Präsident Turtschynow, heizten die Hetzjagd auf die KPU an, indem sie das Verbot der Partei forderten.¹³⁹ Die Liberalen und Nationalisten scheinen die politischen Koordinaten des Landes mit allen verfügbaren Mitteln nach rechts verschieben zu wollen.

Neben den Linken nahm auch der Exodus diverser Minderheiten aus dem Land zu. Vor allem ethnische Nicht-Ukrainer im Westen des Landes gerieten in Bedrängnis. Von den rund 20.000 Wolhynien-Tschechen wollten im März 2013 ungefähr 40 Familien in die Tschechische Republik ausreisen.¹⁴⁰ Der nationalistische Terror richtete sich auch gegen ethnische

134 Siehe Up to 10yrs' jail for dual citizenship: Ukrainian bill targets tens of thousands, online: < <http://rt.com/news/ukraine-dual-citizenship-jail-572/> > 03.03.2014.

135 Siehe Communist Leader's House burned down near Kiev, online: < <http://nahnews.com.ua/communist-leader-house-burned-down-near-kiev/> > 25.02.2014.

136 Siehe Lawmakers scuffle in Rada during Symonenko speech, online: < <http://www.kyivpost.com/content/ukraine/lawmakers-scuffle-in-rada-during-symonenko-speech-342505.html> > 08.04.2014.

137 Gespräch mit Sergej Kirichuk, 17.05.2014.

138 Siehe Symonenko, Communist Party faction won't work at Rada until those who set fire to its office found, online: < <http://www.kyivpost.com/content/ukraine/symonenko-communist-party-faction-wont-work-at-rada-until-those-who-set-fire-to-its-office-found-342874.html> > 08.04.2014.

139 Siehe Ukraine: Turtschinow fordert von Justizministerium sofortiges Verbot der KP, online: < <http://de.ria.ru/politics/20140519/268527244.html> > 19.05.2014.

140 Siehe Till Janzer, Tschechen in Ukraine wollen Regierung in Prag erneut um Hilfe bitten, radio.cz 27.03.2014.

Ungarn in der Ukraine¹⁴¹, weswegen einige über die Grenze in die EU flohen. Besorgniserregend ist über diese Zahlen hinaus die Anzahl der jüdischen Flüchtlinge aus der Ukraine. Einer der drei einflussreichsten ukrainischen Rabbis rief im Februar dazu auf, dass alle Kiewer Juden aus der Stadt fliehen sollten. Die israelische Botschaft hatte auch dazu geraten, dass Juden in der ukrainischen Hauptstadt nicht ihre Wohnungen verlassen sollten.¹⁴² Im ersten Quartal des Jahres 2014 stieg die Zahl der jüdischen Emigranten aus der Ukraine rasant an, wie die israelische Einwanderungsagentur ‚Jewish Agency‘ und das israelische Ministerium für die Aufnahme von Einwanderern mitteilten.¹⁴³ Doch der faschistische Terror interessiert die EU- und NATO-Regierungen wenig. Andere taktische und strategische Ziele sind ihnen wichtiger.

Auch wirtschaftspolitisch kehrte die Jazenjuk-Regierung zurück zum bereits einmal gescheiterten orangenen Kurs. So kündigte der De-facto-Premier Anfang März an, er wolle die Ausgaben des ukrainischen Staates um ein Sechstel kürzen, um einen Kredit vom IWF genehmigt zu bekommen. Außerdem erklärte er, alle Bedingungen des neoliberal geprägten Internationalen Währungsfonds erfüllen zu wollen.¹⁴⁴ Der US-Ökonom Vladimir Signorelli von der Investmentfirma *Bretton Woods Research LLC* erläuterte in dem US-Magazin *Forbes* auch die Vorteile von Jazenjuks Andie-Regierung-kommen: „So jemand wie Mario Monti: nicht gewählt und bereit zu tun, was der IWF wünscht.“¹⁴⁵ Die De-facto-Regierung leitete ein selbst in der ukrainischen Geschichte unvergleichbares wirtschaftliches Schockprogramm ein.

Nach dem Umsturz zeigten erneut die Hintermänner und -frauen im Westen offen Flagge, welche Drahtzieher in dem Konflikt zu vermuten sind. So erklärte die US-Unterstaatssekretärin Victoria Nuland, dass die USA in den vergangenen 20 Jahren insgesamt fünf Milliarden US-Dollar für Subversionsarbeit in der Ukraine ausgegeben haben.¹⁴⁶ Nuland, die durch den

141 Siehe Mordanschlag auf „ungarischen Bürgermeister“ in ukrainischer Stadt Ushgorod, online: < <http://www.pesterlloyd.net/html/1410anschlagushgorod.html> > 05.03.2014.

142 Siehe Ukrainian rabbi tells Kiev's Jews to flee city, online: < <http://www.haaretz.com/jewish-world/jewish-world-news/1.575732> > 22.02.2014.

143 Siehe André Eichhofer, Exodus aus Dnepropetrowsk, online: < <http://www.juedische-allgemeine.de/article/print/id/18949> > 25.04.2014.

144 Siehe Yatseniuk, Ukraine's government will fulfill all requirements of IMF, online: < <http://www.kyivpost.com/content/ukraine/yatseniuk-ukraines-government-will-fulfill-all-requirements-of-imf-338235.html> > 03.03.2014.

145 Kenneth Rapoza, Washington's Man Yatsenyuk Setting Ukraine Up For Ruin, online: < <http://www.forbes.com/sites/kenrapoza/2014/02/27/washingtons-man-yatsenyuk-setting-ukraine-up-for-ruin/> > 27.02.2014.

146 Siehe American Conquest by Subversion: Victoria Nuland's Admits Washington Has

Ausspruch „Scheiß auf die EU“ („Fuck the EU“) europaweit bekannt wurde, ist mit Robert Kagan verheiratet. Dieser ist einer der bekanntesten Neokonservativen in den USA und hat mit seinem Institut ‚Projekt für das Neue Amerikanische Jahrhundert‘ als Vordenker der neokonservativen Außenpolitik unter Präsident George W. Bush gedient. Ein reaktionär-geopolitisches Verständnis der Ereignisse in Osteuropa, welches unter anderem auf dem Denken Mackinders fußt, dürfte im Haushalt Nuland-Kagan tonangebend sein.

Wechsel der Krim in die Russische Föderation

Nachdem die Russische Föderation sich lange Zeit äußerst zurückhaltend verhalten hatte, kam es ab dem 26. Februar 2014 zum vermehrten Auftauchen von bewaffneten Selbstverteidigungstreitkräften auf der Krim. Unter diesen Bewaffneten dürfte sich eine nicht unerhebliche Zahl von russischen „Speznas“¹⁴⁷ befunden haben.¹⁴⁸ Zwei Tage später wählte das Parlament der Autonomen Republik Krim Sergei Aksjonow zum neuen Premierminister der Krim. Aksjonow hatte zuvor für die Partei ‚Russische Einheit‘ im Parlament der Krim gesessen. Mit großem Abstand hinter der PdR waren die Kommunistische Partei der Ukraine und die Partei ‚Russische Einheit‘ nur marginal wichtige politische Kräfte auf der Krim. Aksjonow forcierte seinen anscheinend schon länger gehegten Plan, die Krim in die Russische Föderation zu führen. Das Krimparlament setzte eine Volksabstimmung an, die mehrmals vorgezogen wurde.

Am 16. März stimmte dann letztendlich laut offiziellen Angaben eine übergroße Mehrheit für den Anschluss an die Russische Föderation. Unter den vielen Ja-Stimmen fanden sich auch einige der krimdeutschen Minderheit, deren politische Führung sich für den Beitritt zu Russland ausgesprochen hatte.¹⁴⁹ Einen Tag später erklärten das Parlament der Krim und der Stadt-

Spent \$5 Billion to „Subvert Ukraine“, online: < <http://www.globalresearch.ca/american-conquest-by-subversion-victoria-nulands-admits-washington-has-spent-5-billion-to-subvert-ukraine/5367782> > 07.02.2014.

147 „Speznas“ (Спецназ, подразделения **специального назначения**) – Spezialeinheiten des russischen militärischen Nachrichtendienstes GRU mit den Einsatzschwerpunkten Aufklärung, Asymmetrische Kriegführung und Terrorismusbekämpfung.

148 Siehe Josh Rogin, Germany Helped Prep Russia for War, U.S. Sources Say, online: < <http://www.thedailybeast.com/articles/2014/04/22/germany-helped-prep-russia-for-war-u-s-sources-say.html> > 22.04.2014.

149 Siehe Krim-Deutsche wählen Russland, online: < <http://www.n-tv.de/politik/Krim-Deutsche-waehlen-Russland-article12468496.html> > 15.03.2014.

rat von Sewastopol ihre Unabhängigkeit als Republik Krim sowie die Bitte, in die Russische Föderation aufgenommen zu werden. Am 18. März 2014 unterschrieb Wladimir Putin die entsprechenden Dekrete, die die Aufnahme der Krim in die Föderation regelten.

Vertreter der meisten EU- und NATO-Regierungen verurteilten den Wechsel der Krim in die Russische Föderation. Auf dem globalen Parkett hingegen sah die Situation bereits etwas anders aus. Bei einer Abstimmung in der UN-Generalversammlung am 27. März verurteilten 100 der 193 UN-Mitgliedsstaaten diesen Schritt. Unter den Ländern, die neutral abstimmten, waren mit Brasilien, Südafrika, China und Indien alle BRICS-Partner Russlands sowie die aufkommenden neuen Regionalmächte einer multipolaren Weltordnung. Für die russische Staatsführung dürfte das Zusammenrücken der BRICS-Partner wichtiger sein, als das Votum diverser afrikanischer und pazifischer Staaten.

Warum Ukraine? Warum zu diesem Zeitpunkt?

Es stellt sich die Frage, wieso die US-Regierung und die Regierungen Deutschlands, Großbritanniens und Polens sich zum Jahreswechsel 2013/2014 derart aggressiv in der Ukraine-Frage verhielten. Für die USA sowie deren engste Verbündete in der EU in London und Warschau beantwortet sich die Frage ziemlich einfach: Die geopolitischen Konzeptionen aus den 1990er Jahren waren nie wirklich weg. Außerdem erlebten die Vereinigten Staaten in den Jahren 2010 bis 2013 mehrere politische Niederlagen im eurasischen Raum, die als Zeichen des globalen Einflussverlustes der USA zu bewerten sind, weswegen die US-Außenpolitik zu einem Gegenschlag ausholte.

Zunächst stürzte die pro-US-amerikanische Regierung in Kirgisistan im Jahr 2010.¹⁵⁰ Es folgten Wahlen in Rumänien (2012), der Slowakei (2012), Serbien (2012/2014), Litauen (2012), Bulgarien (2013), der Tschechischen Republik (2013) und Georgien (2013), die Kräfte an die Regierungen oder in andere höchste Staatsämter kommen ließen, die Russland eine größere Rolle in ihrer Außenpolitik zugestehen wollen. Binnen drei Jahren sind somit diverse atlantische Regierungen in Osteuropa eine nach der anderen abgewählt worden. Mittels umfangreicher Wirtschaftsprojekte (vor allem die Pipeline *Southstream*, aber auch große Atomreaktoraufträge) gelang es

150 Siehe Die Grenzen amerikanischer Einflussnahme, online: < <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57793> >, 26.04.2010.

auch der russischen Wirtschaft, diverse Punktgewinne in Ungarn, der Türkei, Bosnien-Herzegowina, Makedonien und Montenegro zu machen.

Mit dem Projekt der Pipeline Burgas-Alexandroupoli standen die russischen Konzerne *Transneft*, *Rosneft* und *Gazpromneft* Ende 2010 sogar kurz davor, eine russisch-kontrollierte Pipeline auf EU-Territorium bauen zu können – das Projekt scheiterte jedoch.¹⁵¹ Anfang 2014 erhielt die russische Marine außerdem noch Ankerrechte auf der Insel Zypern.¹⁵² Der russische Einflussgewinn im Ostmittelmeer, in Osteuropa und Zentralasien von 2010 bis 2014 und die Ukraine-Krise hängen dabei eng miteinander zusammen. Stets war das Schwarze Meer der Ausgangspunkt der russischen Marinemacht und die Schwarzmeerflotte auf der Krim das „Sprungbrett ins Mittelmeer“, so der Marinehistoriker Klaus Mommsen.¹⁵³ Ein Verlust der Krim hätte dem russischen Einflussgewinn im Mittelmeer einen Riegel vorgeschoben.

Über den steigenden Einfluss in Osteuropa und Zentralasien hinaus erschütterte die NSA-Affäre das Vertrauen vieler liberaler und konservativer Kräfte in Westeuropa in die USA. Mit der Aufnahme des ehemaligen NSA-Angestellten Edward Snowden in Russland spielte die Moskauer Regierung eine zentrale Rolle in dieser Angelegenheit. Die von der russischen Regierung im September 2013 vorgeschlagene und in den folgenden Monaten begonnene Umsetzung der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen führte dazu, dass Russland einen wichtigen Verbündeten im Mittelmeer¹⁵⁴ behielt und wertete Russlands Rolle als „Global Player“ auf.¹⁵⁵ Der weiter bestehende Einfluss Russlands in Lateinamerika und die mangelnde Unterordnung in die USA-dominierten internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen dürfte vielen Strategen in den Vereinigten Staaten ein Dorn im Auge sein. Die gegen Janukowitsch begonnenen Demonstrationen boten eine gute Gelegenheit, die wegdriftenden west- und osteuropäischen Staaten wieder enger an Washington zu binden und den Einfluss der USA in Osteuropa wieder auszubauen. Die Linie Warschau-Kiew soll-

151 Siehe Vladimir Socor, Russland stoppt Balkanprojekt, online: < <http://theheartlandblog.wordpress.com/2011/02/23/russland-stoppt-balkanprojekt/> > 23.02.2011.

152 Siehe John C. K. Daly, Republic of Cyprus to House Russian Aircraft, Naval Ships, *Eurasia Daily Monitor*, Jg. 11, Nr. 14, 23.01.2014.

153 Siehe Stephanie Höppner, Marine-Experte: Krim ist Russlands „Sprungbrett ins Mittelmeer“ – Interview mit Klaus Mommsen, online: < <http://www.dw.de/marine-experte-krim-ist-russlands-sprungbrett-ins-mittelmeer/a-17463353> > 27.02.2014.

154 Im syrischen Tartus befindet sich ein materiell-technischer Versorgungsstützpunkt der russischen Marine.

155 Siehe Wolfgang Richter: Die Ukraine-Krise – Die Dimension der paneuropäischen Sicherheitskooperation, SWP-Aktuell 23, April 2014, S. 6.

te wieder benutzt werden, um den russischen Einfluss vom Balkan zurückzudrängen und angeblichen „Rapallo-Tendenzen“ Frankreichs und vor allem Deutschlands Einhalt zu gebieten.

Für die deutsche Regierung, Vorfeldorganisationen der deutschen Außenpolitik und Teilen der BRD-Wirtschaft der BRD bot sich die Möglichkeit, mit Klitschko und seiner von der Konrad-Adenauer-Stiftung künstlich aufgebauten ‚UDAR‘-Partei¹⁵⁶ eigenständig Einfluss auf die Ukraine zu nehmen. Während des orangenen Umsturzes hatte die deutsche Regierung ausschließlich im Tross der USA agiert und diese setzte ausschließlich auf atlantische Kräfte und weniger auf pro-deutsche. Gegebenenfalls könnte mit ‚UDAR‘ und anderen Mitteln ein Kompromiss mit Russland erreicht werden und somit der deutsche Einfluss in Osteuropa ausgebaut werden.

Für Russland kam im Jahr 2013 eine mögliche wirtschaftliche Abschottung der Ukraine zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Im Juli 2009 hatte Wladimir Putin angekündigt, die Gründung der Eurasischen Union forcieren zu wollen. Eine gemeinsame Zollunion von Belarus, Kasachstan und Russland entstand bereits ein Jahr darauf. Der EaU-Vorläufer Zollunion hatte bereits Anfang 2014 eine gemeinsame Wirtschaftskommission mit Sitz in Moskau, für die mehr als 1.000 Mitarbeiter tätig waren.¹⁵⁷ Um die Ukraine in die Zollunion bzw. die EaU zu drängen, hat die russische Regierung ab August 2012 punktuelle Sanktionen gegen das Land verhängt, die angeblich dazu führten, dass der ukrainisch-russische Handel um ein Viertel zurückging.¹⁵⁸ Die Sanktionen konzentrierten sich laut einem Dokument, welches angeblich der ukrainischen liberalen Wochenzeitung *Zerkalo Nedeli* zugespielt wurde, auf die pro-westlichen Oligarchen in der Ukraine. Laut diesem Dokument soll die russische Regierung auch geplant haben, bei den regulären Präsidentschaftswahlen 2015 einen pro-russischen Kandidaten – Medwetschuk hatte im März 2012 seine Rückkehr in die ukrainische Politik angekündigt – zu unterstützen.¹⁵⁹ Unter den sanktionierten Oligarchen befand sich auch Petro Poroschenko, den Moskau somit weiter in die Hände von EU und NATO trieb. Die Ukraine wäre ein Kernstück der bereits etablierten Zollunion und zu gründenden EaU geworden und

156 Siehe Unser Mann in Kiew, online: < <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58754> > 10.12.2013.

157 Siehe Kai Ehlers, Zankapfel Ukraine: Europäische versus Eurasische Union, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Februar 2014, S. 25-28.

158 Siehe A. O., Politics of brutal pressure, online: < <http://www.economist.com/blogs/easternapproaches/2013/11/ukraine-and-eu-0> > 22.11.2013.

159 Siehe Druck aus Moskau treibt Ukraine in die Arme der EU, online: < <http://www.euractiv.de/ukraine-und-eu/artikel/druck-aus-moskau-treibt-ukraine-in-die-arme-der-eu-007955> > 30.08.2013.

dafür setzte die russische Regierung eine Politik des Zuckerbrotes (Kredite, Gasrabatte, Ankauf von ukrainischen Staatsanleihen) und der Peitsche (oligarchenbezogene Sanktionen) ein.

Die Bedeutung einer gestärkten Eurasischen Union fasste Reinhard Göweil, der Chefredakteur der *Wiener Zeitung*, im März 2013 folgendermaßen zusammen: „Die »Eurasische Union« wäre der russische Wirtschaftsblock zwischen dem »Westen« und China. Und mächtiger als die EU, denn Russlands Militär würde wohl eine gemeinsame Sicherheitspolitik anführen. [...] Mit einer voll ausgebildeten Eurasischen Union wäre die EU – auf Basis der jetzigen Warenströme – bei etlichen Rohstoff- und Energiesparten von Moskau abhängig.“¹⁶⁰ Ein Beitritt der Ukraine zur EaU hätte diesen Wirtschaftsblock enorm gestärkt.

Ein weiterer Aspekt der Bedeutung der Ukraine für Russland ist die Rüstungsindustrie. Unter Präsident Putin und Verteidigungsminister Sergei Schoigu forciert die russische Regierung derzeit eine Modernisierung der russischen Streitkräfte. Wesentliche Rüstungsgüter für die angedachte Reform plant Russland dafür aus der Ukraine zu importieren. Im Rahmen der Reform soll die russische Armee 1.000 Helikopter beschaffen, deren Motoren aus dem ukrainischen Werk *Motor Sich* eingekauft werden müssen. Von 54 geplanten Neuanschaffungen von Schiffen für die russische Marine sollen wiederum 31 ukrainische Motoren bekommen. Auch im Bereich Weltraumfahrt sowie der Produktion von Luft-Luft-Raketen, Boden-Luft-Raketen und Marschflugkörpern spielen ukrainische Konzerne eine wichtige Rolle für Russland.¹⁶¹ Eine ökonomische Abschottung des ukrainischen Marktes von Russland – wie im Assoziierungsabkommen der EU vorgesehen – wird für die russische Verteidigungspolitik ein herber Schlag sein.

Vom Putsch bis zur Präsidentschaftswahl

Der Umsturz Ende Februar brachte einen beispiellosen politischen Zerfall der ‚Partei der Regionen‘ mit sich. Die Partei umfasst ein großes Spektrum von Meinungen und Interessen – die US-Botschaft notierte einst, dass die PdR ein Spektrum von „Krypto-Kommunisten bis hin zu oligarchischen Wirtschaftsinteressen“ abdeckt.¹⁶² Die bis zum Putsch größte Parlaments-

160 Reinhard Göweil, Russlands „EU“, in: *Wiener Zeitung* 03.03.2014.

161 Siehe Gregory J. Moore, Ukraine: A military-industrial complex to die for, online: < http://www.atimes.com/atimes/Central_Asia/CEN-01-270514.html > 27.05.2014.

162 Siehe Wikileaks-Depesche der Botschaft in Kiew: Ukrainian-Russian Relations After

fraktion sowie allgemein auch bedeutendste politische Kraft hatte mit einem beispiellosen Exodus von Mitgliedern zu kämpfen.¹⁶³ Ende März 2014 wählte das Präsidium der PdR Boris Kolesnikow zum neuen Parteivorsitzenden.¹⁶⁴ Kolesnikow hatte sich nach der Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens durch die Regierung der Russischen Föderation sympathisch gegenüber den Unabhängigkeitsbestrebungen dieser abtrünnigen georgischen Republik gezeigt.¹⁶⁵ Der pro-abchasische Politiker gilt als exponierter Vertreter einer Autonomie der Südostregionen und könnte im Kampf der „Souveränen Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk als gemäßigter Vertreter einer Politik für mehr Rechte für die Südostukraine auftreten. Zunächst scheint die PdR jedoch am Boden zu liegen. Auf dem Parteitag zur Aufstellung eines Präsidentschaftskandidaten buhlten die aussichtsreichsten Kandidaten Serhij Tihipko (stellvertretender PdR-Vorsitzender), Michail Dobkin (ehemaliger Verwaltungschef des Gebiets Charkiw), Oleg Zarjow (stellvertretender PdR-Fraktionsvorsitzender) und Jurij Bojko (ehemaliger Minister für Kraftstoff und Energie) um Rückhalt in der Partei. Dobkin gewann zunächst, jedoch unterstützten viele regionale Parteiverbände Tihipko, welcher die Parteitagsergebnisse nicht anerkannte und als unabhängiger Kandidat zu den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 antrat.¹⁶⁶ Ob die PdR sich wieder sammeln kann, scheint derzeit ungewiss.

Eine besondere Strategie in der Nach-Putsch-Ukraine schien lange Zeit die Schlüsselfigur Rinat Achmetow zu verfolgen. Nach dem Umsturz in Kiew setzte die neue Regierung an der Spitze der ukrainischen Nation den orangenen Oligarchen und direkten Konkurrenten Achmetows Serhij Taruta als neuen Gouverneur für die Oblast Donezk ein.¹⁶⁷ Diese Ernennung sei mit Achmetow abgesprochen gewesen, behauptete der De-facto-Präsident Turtschynow. Als Ende März der deutsche Außenminister Steinmeier die Ukraine besuchte, kam es auch zum ersten Mal zu einem organisierten

Yushchenko: A Preview, online:

< https://wikileaks.org/plusd/cables/10KYIV184_a.html > 02.02.2010.

163 Siehe Oleg Varfolomeyev, Ukraine's Ruling Party Faces Defections, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 11, Nr. 34, 21.02.2014.

164 Siehe Party Of Regions Elects Kolesnikov Party Presidium Secretary, online < <http://un.ua/eng/article/501389.html> > 31.03.2014.

165 Siehe Wikileaks-Depesche der Botschaft in Kiew: *A Yanukovych Foreign Policy*, online: < <https://wikileaks.org/cable/2009/11/09KYIV2054.html> > 25.11.2009.

166 Siehe Andriy Meleshevich: Rechtliche und politische Aspekte der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen 2014 in der Ukraine, in: Ukraine-Analysen, Nr. 132, 14.05.2014, S. 2-11 (hier: S. 5).

167 Eine weitere Ernennung machte den „zuverlässig antirussischen“ Oligarchen Igor Kolomojskij zum Gouverneur von Dnipropetrowsk: Die Restauration der Oligarchen (II), online: < <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58866> > 15.05.2014.

Treffen mit Achmetow.¹⁶⁸ Im Mai erfolgte ein zweites Treffen zwischen Steinmeier und Achmetow.¹⁶⁹ Dieser Respekt vor dem tatarischstämmigen Geschäftsmann kommt nicht von ungefähr. Achmetow kontrolliert die größten Stahlherstellungsfirmen in der gesamten GUS, gilt als der reichste Oligarch der Ukraine und unerklärter „Herrscher“ über den Donbass. Während westukrainische Politiker Achmetow teilweise vorwarfen, dass dieser die Separatisten in der Region unterstützen würde¹⁷⁰, agierte er selbst in der Öffentlichkeit als Vermittler zwischen den Separatisten und der nicht verfassungsgemäß zustande gekommenen Kiewer Zentralregierung.¹⁷¹ Experten beschuldigten Achmetow auch, das Chaos auf allen Seiten auszunutzen, um mit der neuen Kiewer Nationalregierung hinter den Kulissen zu verhandeln. Seine wirtschaftlichen Interessen dürften dabei federführend gewesen sein.¹⁷² Mitte Mai griff Achmetow dann direkt in den Konflikt zwischen der selbsterklärten „Volksrepublik Donezk“ und der Kiewer Zentralregierung ein: Der Oligarch organisierte einen Streik in seinen eigenen Fabriken und ließ „Fabrikmilizen“ aufstellen, die nach dem Massaker in Mariupol am 9. Mai die Kontrolle über die Stadt übernahmen. In der Hafenstadt im Süden der Oblast Donezk hatten am Tag des Sieges über den Faschismus Panzer der Kiewer Zentralregierung Demonstranten attackiert – es gab bis zu 20 Tote.¹⁷³ Das plötzliche Eingreifen Achmetows bedeutete wohl, dass sich der Oligarch mit den verschiedenen Politik- und Kapitalgruppen im Westen des Landes geeinigt hatte. Die Donezker Separatisten hatten somit keinen Wert mehr für ihn.

168 Katja Tichomirowa, Steinmeier im Land des Oligarchen, online: < <http://www.fr-online.de/ukraine/ukraine-krise-steinmeier-im-land-des-oligarchen,26429068,26637778.html> > 24.03.2014.

169 Siehe Die Restauration der Oligarchen (III), online: < <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58867> > 16.05.2014.

170 Siehe Akhmetov accused of supplying separatists, online: < http://ukrinform.ua/eng/news/akhmetov_accused_of_supplying_separatists_319771 > 07.04.2014.

171 Siehe Richard Balmforth, Ukraine's richest man gambles on peacemaker role, online: < <http://uk.reuters.com/article/2014/04/09/us-ukraine-crisis-akhmetov-idUKBREA381FL20140409> > 09.04.2014.

172 Siehe Andrew Wilson/Oleksandr Andreyev, A new (failing) state or more of the same?, online: < <http://eng.globalaffairs.ru/book/Transnistria-Wont-Become-Second-Front-in-Russia-West-Standoff-16673> > 03.05.2014.

173 Siehe Reinhard Lauterbach, Massaker in Mariupol, in: junge Welt 10.05.2014.

Eine Föderation Noworossija?

Bereits einen Tag nach dem Putsch in Kiew hatten sich in der ostukrainischen Stadt Donezk Vertreter der Regionalverwaltungen diverser östlicher und südlicher Provinzen der Ukraine zusammengefunden und die Aufstellung von republikanischen Selbstverteidigungsstreitkräften angekündigt. Außerdem beabsichtigen die Regionalpolitiker, eine Gegenregierung aufzustellen. Ziel sei die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung der Ukraine gewesen, erklärten Vertreter des Treffens.¹⁷⁴ Der Einsatz von Spezialkräften der ukrainischen Armee brachte Charkow jedoch wieder unter die Kontrolle der Zentralregierung. In den Oblasten Donezk und Lugansk wurden aus den angedachten Selbstverteidigungsstreitkräften schnell die Truppen der „Volksrepublik Donezk“ (proklamiert am 7. April 2014) sowie der „Volksrepublik Lugansk“ (27. April 2014). Nach der Erklärung der Unabhängigkeit dieser Gebiete entwickelten sich die politischen Auseinandersetzungen zu einem Bürgerkrieg zwischen der Armee und der unter anderem aus faschistischen Milizen hervorgegangenen Nationalgarde auf der einen Seite sowie der „Volksmiliz Donbass“ auf der anderen. Am 24. Mai vereinigten sich die beiden „Volksrepubliken“ zu einer „Föderativen Republik Noworossija“.

Die von Kiew gebilligte Gründung eines umfassenden Noworossija-Staates könnte die Möglichkeit bieten, die lange anhaltende politische Krise der Ukraine ein für alle Mal zu lösen. Die nordwestliche Rest- oder Kernukraine könnte als agrarisch geprägter Staat sich der EU anschließen, hätte jedoch kurz- und mittelfristig keine wirtschaftliche Perspektive in diesem Staatenbund. An Noworossija würden die größten industriellen Zentren der ehemaligen Großukraine fallen. Als Lösung des seit 20 Jahren schwelenden eingefrorenen Transnistrien-Konfliktes könnte Transnistrien¹⁷⁵ ebenso Noworossija beitreten.¹⁷⁶ Die industriellen Kernstücke der ehemaligen Moldauischen SSR würden dann ebenso Teil dieses Staates werden.¹⁷⁷

174 Siehe Ukraine's Southeast seeks to restore constitutional order, thousands gather in Kharkov, online: < <http://rt.com/news/thousands-gather-eastern-ukraine-252/> > 22.02.2014.

175 Transnistrien (eigentlich Pridnestrowje/Приднестр'овье) ist ein international nicht anerkannter Staat im östlichen Teil der Republik Moldau. Im März 2014 stellte die Regierung Transnistriens einen Beitrittsantrag zur Russischen Föderation.

176 Siehe Sergey Mikheev, Transnistria Won't Become Second Front in Russia-West Standoff, online: < <http://eng.globalaffairs.ru/book/Transnistria-Wont-Become-Second-Front-in-Russia-West-Standoff-16673> > 29.05.2014.

177 Siehe Karte „Republic of novorossiya“ bei < <http://13571113.blogspot.de/2014/03/republic-of-novorossiya.html> >. (Die Karte kann hier aus rechtlichen Gründen nicht direkt abgebildet werden.)

Doch das Schaffen solch eines Staates scheint derzeit unrealistisch, da große Teile der Einwohner der Oblasten Odessa und Dnipropetrowsk ukrainischsprachige Bürger sind und Teil der Ukraine bleiben wollen. Neokonservative Kritiker unterstellten trotzdem Wladimir Putin, dass er beabsichtige, solch einen Staat aus der Taufe heben zu wollen.¹⁷⁸ Angeblich soll Sergei Glasjew, der Berater für die eurasische Wirtschaftsintegration des russischen Präsidenten, im September 2013 damit gedroht haben, solch eine Spaltung der Ukraine würde von Russland unterstützt, wenn die Kiewer Regierung die Assoziierung mit der EU unterschreiben sollte.¹⁷⁹ Die Gründung Noworossija in der derzeitigen Lage würde die Wiedererlangung der russischen Hegemonie über den Schwarzmeerraum bedeuten und wird deswegen von den EU- und NATO-Staaten energisch bekämpft.

Spiel der Oligarchen – Spiel mit den Oligarchen

Die selbsterklärten Volksrepubliken in Donezk bzw. Lugansk haben jedoch nicht den Rückhalt in der ost- und südukrainischen Bevölkerung, um wirklich einen Staat gründen zu können. Außerdem fehlt ihnen der Rückhalt der in der ukrainischen Politik äußerst wichtigen Oligarchen – von einer revolutionären Lage kann nämlich nicht die Rede sein. Langfristig wird sich durch eine Neugruppierung der verschiedenen Oligarchengruppen sowie der Anbindung an das Ausland entscheiden, welchen politischen Kurs die Ukraine – ausschließlich der Krim – einschlagen wird.

Die zwei realistischsten Szenarien sehen die deutsche Wirtschaft, diverse Vorfeldorganisationen der deutschen Außenpolitik und die Rolle der offiziellen deutschen Außenpolitik in einer zentralen Rolle. Die erste Alternative für die Restukraine sieht die Verbrüderung des pro-US-amerikanischen und pro-deutschen Teils der ukrainischen Oligarchie vor. Grundlage dieser Einigung könnte die neoliberale Politik der Orangen sein, die bei vielen Politikern und Oligarchen dieser Gruppen auf Zuspruch stößt. Diese „atlantische“ Einigung wäre in einer Zeit des globalen Rückgangs des Einflusses der USA ein wichtiger Sieg für die Außenpolitik Washingtons. Politisch könnte solch ein Bündnis sich in einer Koalition durch Timoschenkos Vaterlandpartei, der UDAR von Witali Klitschko sowie der

178 Siehe Vladimir Socor, *Moldova: Russia's Next Target if the West Falts in Ukraine (Part One)*, Eurasia Daily Monitor, Jg. 11, Nr. 98, 27.05.2014; Vladimir Socor, *Moldova: Russia's Next Target if the West Falts in Ukraine (Part Two)*, Eurasia Daily Monitor, Jg. 11, Nr. 98, 27.05.2014.

179 Siehe Ben Hoyle, *Russia threatens to back Ukraine split*, online: < <http://www.thetimes.co.uk/tto/news/world/europe/article3876103.ece> > 23.09.2013.

rechtsradikalen Swoboda-Partei ausdrücken. Letztere Formation könnte benötigt werden, um eine Mehrheit im Parlament sowie eine gewisse Massenbasis zu erreichen. Eine Alternative zu den vor allem in Westeuropa diskreditierten Swoboda-Rechtsradikalen könnten aber auch die Nationalisten der ‚Radikalen Partei‘ von Oleg Ljaschko sein. Gerüchte besagten im April 2014, dass Ljaschkos Präsidentschaftskampagne vom US-Milliardär Mark Zuckerberg (dem Gründer von *Facebook*) finanziert sein könnte.¹⁸⁰ Mit über acht Prozent wurde Ljaschko der drittstärkste Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen Ende Mai 2014. Als „gemäßigtes“ kleineres Übel ließ sich eine Kooperation der Vaterlandspartei mit den Radikalen in Westeuropa besser verkaufen, als die bisher praktizierte Kooperation mit der NPD-Partnerpartei ‚Swoboda‘.

Ein weiteres Szenario sieht die Verbrüderung der deutschen Alliierten in der Ukraine mit der neutralistischen und Teilen der pro-russischen Oligarchie vor. Die Grundlagen dafür legte Wladimir Klitschko – „der Mann der Deutschen“ – bereits mit seiner Unterstützungserklärung für Petro Poroschenko. Poroschenko hat öfter die Seiten zwischen den Orangenen und den Neutralisten gewechselt und hat größere Geschäftsaufträge mit der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim. Die russische Politik, denen ein Erfolg der ukrainischen Neutralisten nur genehm sein kann, kann mit der Einverleibung der Krim nun innerhalb der russischen Innenpolitik Druck auf Poroschenko ausüben. Firtasch, ein mutmaßlich mit Klitschko verbandelter Oligarch, wiederum konnte in den vergangenen fünf Jahren seine Geschäfte angeblich mit russischen Krediten massiv ausbauen. Einige von Firtaschs wichtigsten Konzernen, wie die *OJSC Crimean Soda Plant* und die Fabrik *Crimea Titan*, liegen ebenso auf der Krim und somit nun auf russischem Staatsgebiet. Ein weiterer wahrscheinlich hinter Klitschko stehender Oligarch ist jedoch der Stahlmagnat Wiktor Pintschuk, dessen persönliche Stiftung eng mit US-Organisationen zusammenarbeitet¹⁸¹ und der mittlerweile als pro-US-amerikanisch gelten kann.¹⁸² Ein Jahrzehnt zuvor hatte die Timoschenko-Regierung ihn noch politisch bekämpft, da er mit Kutschma verbandelt war. Setzt sich Pintschuk hinter

180 Siehe Facebook founder may fund election of Ukraine's Radical Party leader – Source, online: < http://voiceofrussia.com/news/2014_04_26/Facebook-founder-may-fund-election-of-Ukraine-s-Radical-Party-leader-source-5322/ > 26.04.2014.

181 So unter anderem mit der Denkfabrik ‘Brookings Institution’, der ‘Open Society Foundations’ (OSF) von George Soros, dem ‘Aspen’-Institut und der ‘Clinton Global Initiative’ des ehemaligen US-Präsidenten William Clinton.

182 Siehe Oligarchen-Schach, online: < <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58793> > 07.02.2014.

den Kulissen gegen Firtasch durch, scheint die neoliberal-atlantische Lösung realistischer.

Die „eurasische“, d. h. eine deutsch-russisch dominierte, Lösung der Ukraine-Krise befürchteten verschiedene Strategen in Washington (aber auch in Warschau, London und den baltischen Hauptstädten), da diese eine weitere Wegmarke beim globalen Einflussverlust der USA bedeuten würde. Bereits in Kirgistan hat es solch eine Lösung gegeben, und in der Republik Moldau hatte die zweite Merkel-Regierung (im Amt 2009-2013) solch eine Lösung mit Präsident Medwedew (im Amt 2008-2012) ausgemacht.¹⁸³ Für Aufsehen sorgte ein Artikel in der sonst durch und durch atlantischen Zeitschrift *Die Zeit*, in der sich ein Autor dafür aussprach, die „Transatlantischen Beziehungen neu [zu] justieren“.¹⁸⁴ Teilweise erklären US-amerikanische oder USA-nahe Experten in die Richtung einer „Neujustierung“ gehende Befürchtungen auch offen. So beispielsweise Jan Techau, der Direktor von *Carnegie Europe* (der Brüsseler Dependence der US-Denkfabrik *Carnegie Endowment*), am 8. April 2014 in einem Artikel auf der Homepage dieser Stiftung. Techau kritisierte darin, dass die Westbindung der BRD angeblich auf der Kippe stehen würde.¹⁸⁵ Wie solche Aussagen einzuschätzen sind, bleibt im Vagen.

Für eine „eurasische Lösung“ der Ukraine-Frage könnte sich eine Regierung der UDAR mit früheren Teilen der Partei der Regionen verbinden. Von der PdR hat sich im Nach-Putsch-Parlament bereits eine Fraktion mit dem Namen ‚Wirtschaft und Fortschritt‘ abgespalten, die sich solch einer Koalition anschließen könnte. Marginalisiert könnte sich daran auch die Vaterlandspartei von Timoschenko beteiligen.

Doch die Bourgeoisie-Gruppen in der Ukraine selbst sind nicht die einzigen Spieler in diesem geopolitischen und politökonomischen Spiel. Genau wie beim orangenen Umsturz 2004/2005 versuchen die EU und die USA durch das so genannte „Oligarchen-Schach“ in den Ukraine-Konflikt einzugreifen.¹⁸⁶ Der Hauptunterschied von 2004/2005 zu 2013/2014 ist jedoch, dass die EU mittlerweile eine unabhängigere Rolle von den Ver-

183 Siehe Die Grenzen amerikanischer Einflussnahme, a. a. O., 26.04.2010; Ein Testlauf für Eurasien, online: < <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58134> >; Ein Testlauf für Eurasien (II), online: < <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58296> > 22.03.2012.

184 Siehe Eine neue Grand Strategy, online: < <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58889> > 13.06.2014.

185 Siehe Jan Techau, The Dangers of German Strategic Haplessness, online: < <http://carnegieeurope.eu/strategieurope/?fa=55273> > 08.04.2014.

186 Siehe Oligarchen-Schach, a. a. O., 07.02.2014.

einigen Staaten spielt. Die offensichtlichsten Züge beim Oligarchenschach sind personenbezogene Sanktionen gegen einzelne ukrainische Geschäftsmänner. So haben sowohl die EU als auch die USA Sanktionen gegen die Janukowitsch-Söhne verhängt. Der Kern der im Entstehen begriffenen Janukowitsch-zentrierten ukrainischen Kapitalgruppe soll somit geschwächt werden. Die US- und die kanadische Regierung haben darüber hinaus noch Sanktionen gegen den dezidiert pro-russischen Oligarchen Wiktor Medwedtschuk verhängt. Medwedtschuk soll laut offiziellen Berichten aus Nordamerika in die Niederschlagung der Proteste auf dem Maidan verwickelt sein, was nicht ausgeschlossen ist, aber höchst unrealistisch erscheint, da er kein Regierungsamt innehatte. Man kann davon ausgehen, dass es sich dabei um eine Maßnahme im Rahmen des Oligarchenschachs handelt.

Die Präsidentschaftswahl vom Ende Mai 2014 kann noch keine Auskunft über die zukünftige Ausrichtung der Ukraine geben. Vorher klarer Favorit und nachher eindeutiger Gewinner des Urnengangs war mit 54,7 % der abgegebenen Stimmen Petro Poroschenko. Janukowitsch gestand sich selbst und der Öffentlichkeit zu, dass er keine aktive Rolle mehr in der ukrainischen Politik spielen kann und erkannte die Wahl an.¹⁸⁷ Bereits vor der Wahl zeichnete sich ab, dass große Teile der süd- und ostukrainischen Bevölkerung nicht wählen gehen würden. So beabsichtigen 25 % (Ostukraine ohne Donbass), 39 % (Südukraine) sowie 58 % (im Donbass) der Wahlberechtigten laut einer repräsentativen Umfrage, nicht wählen zu gehen oder waren sich nicht sicher.¹⁸⁸ Diese Haltung scheint nachvollziehbar, schließlich existierte ja weiterhin ein von großen Teilen dieser Bevölkerungsschichten gewählter Präsident in Rostow am Don, wohin Janukowitsch nach dem Putsch geflohen war. Circa ein Siebtel der Wahlberechtigten konnten außerdem nicht wählen gehen, da in ihren Gebieten Bürgerkrieg herrschte. Die Wahlbeteiligung lag in der Oblast Lwiv sowie in den Gebieten Wolhyniens und Podoliens dann auch am höchsten, während in Transkarpatien und vielen Teilen Groß-Noworossijas die Wahlberechtigten deutlich weniger zu den Urnen gingen. Die Ost-West-Spaltung des Landes (bis auf das durch Ruthenen, Ungarn und Roma besiedelte Transkarpatien, wo die Wahlbeteiligung auch deutlich geringer war als in den benachbarten westukrainischen Regionen) kommt darin erneut zum Ausdruck.

187 Siehe Janukowitsch respektiert Wahl der Ukrainer, online:

< <http://de.ria.ru/politics/20140526/268587591.html> > 26.05.2014.

188 Siehe Andriy Meleshevich: Rechtliche und politische Aspekte der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen 2014 in der Ukraine, in: Ukraine-Analysen, Nr. 132, 14.05.2014, S. 2-11 (hier: S. 7).

Wahlsieger Poroschenko ist ein äußerst umtriebiger Oligarch, der sowohl umfassende politische Kontakte zum orangenen Lager sowie wirtschaftliche Verflechtungen mit den Kräften hinter den orangenen Parteien hat als auch eng mit Janukowitsch und Achmetow zusammenarbeiten konnte. Den Orangenem diente Poroschenko erst als Vorsitzender des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates im Jahr 2005 und später als Außenminister (Oktober 2009 bis März 2010). Zwischendurch näherte sich Poroschenko bereits Achmetow, der damals hinter Janukowitsch stand, an. Das Mitte-links-Wahlprojekt ‚Block Lytwyns‘ aus dem Jahr 2007 kam angeblich durch eine Vereinbarung zwischen Achmetow und Poroschenko zustande, wie ein neokonservativer Ukraine-Experte behauptet. Lytwyn und Poroschenko sind laut dem Forscher der US-amerikanischen ‚James-town Foundation‘ außerdem seit vielen Jahren eng befreundet.¹⁸⁹ Nach der Wahl Janukowitschs wechselte Poroschenko wieder das Lager und gehörte von März bis Dezember 2012 dem Kabinett von Mykola Asarow als Wirtschaftsminister an. Poroschenko gehört der Süßwarenkonzern *Roshen*, welcher zu den 20 größten Konzernen dieser Branche weltweit gehört. Außerdem unter Kontrolle des neuen Präsidenten sind die *Bogdan Corporation* (Autobau) sowie *Leninska Kuznya* (Schiffs- und Rüstungsbranche). Außerdem befindet sich der *Kanal 5*, der sowohl während des orangenen Umsturzes 2004/2005 als auch während der Unruhen im Winter 2013/14 für die Positionen der prowestlichen Kräfte warb, unter seiner Kontrolle. Wirtschaftspolitisch interessant ist, dass Poroschenko unter Präsident Janukowitsch das Projekt des Schutzes der ukrainischen Autoindustrie energisch verfolgt hatte. Manche „sind der Ansicht, er habe vielleicht als Wirtschaftsminister seine Autobranche ein wenig zu sehr begünstigt“, so die FAZ über Poroschenko.¹⁹⁰ Das neue Staatsoberhaupt scheint also einem bedingungslosen Freihandel mit der EU auch nicht aufgeschlossen zu sein. Mit Poroschenko scheint mittelfristig sowohl die Anbindung der Ukraine an EU und NATO als auch ein Kompromiss mit Teilen der neutralistischen Elite des Landes möglich.

189 Siehe Taras Kuzio, Ukrainian Political Update, online:

< http://www.taraskuzio.net/legal_files/Frishberg_Feb.08.pdf > 21.02.2008.

190 Konrad Schuller, Der Mann auf dem Bagger, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 20.05.2014.

Fazit

Die Ukraine ist ein semi-peripherer Industriestaat in Osteuropa mit engen wirtschaftlichen Verflechtungen mit dem Globalen Süden, Russland und China. In der Außenpolitik, Außenwirtschaftspolitik und dem politökonomischen Charakter der Ukraine sind die Ursachen für die Unterstützung des Sturzes der Regierung Asarow und des Präsidenten Janukowitsch zu sehen. Anfang 2014 regiert eine demokratisch nicht legitimierte ultraliberale Regierung in Kiew, die eine einseitige Bindung an EU/NATO forciert und sich willens zeigt, ein IWF-Schockprogramm durchzuführen. Dieses Programm wird für die ukrainische Industrie höchstwahrscheinlich verheerend sein und bringt eine massive Umstrukturierung der außenwirtschaftlichen Orientierung mit sich. Ähnlich wie in den Jahren 2004/2005 findet derzeit eine Umgruppierung der verschiedenen Oligarchen-Gruppen in dem Land statt. Das Resultat dieser Neustrukturierung wird für die mittelfristige außenpolitische Orientierung der Ukraine von enormer Bedeutung sein. Auch weiterhin nicht ausgeschlossen scheint, dass die Ukraine sich zu einem „gescheiterten Staat“ entwickelt.¹⁹¹ Das „geopolitische Spiel“ der Regierungen in den USA, Großbritannien, Frankreich, Polen, Deutschlands und Russlands würde dann dazu geführt haben, dass der ukrainische Markt weder der EU noch der EaU zur Verfügung steht.

191 Siehe Tomasz Koniecz, Der gescheiterte Staat von nebenan, online:
< <http://www.heise.de/tp/artikel/41/41906/1.html> > 30.05.2014.

Karten-Anhang

Die folgenden Karten werden unter Lizenz **Creativ Commons 3.0 (CC BY-SA 3.0 DE)** veröffentlicht.



Dies ist eine alltagssprachliche Zusammenfassung der Lizenz (die diese nicht ersetzt).

Haftungsbeschränkung



Sie dürfen:



Teilen — das Material in jedwedem Format oder Medium vervielfältigen und weiterverbreiten

Bearbeiten — das Material remixen, verändern und darauf aufbauen und zwar für beliebige Zwecke, sogar kommerziell.

Der Lizenzgeber kann diese Freiheiten nicht widerrufen solange Sie sich an die Lizenzbedingungen halten.

Unter folgenden Bedingungen:



Namensnennung — You must give appropriate credit, provide a link to the license, and indicate if changes were made. You may do so in any reasonable manner, but not in any way that suggests the licensor endorses you or your use.



Weitergabe unter gleichen Bedingungen — Wenn Sie das Material remixen, verändern oder anderweitig direkt darauf aufbauen, dürfen Sie Ihre Beiträge nur unter derselben Lizenz wie das Original verbreiten.

Keine weiteren Einschränkungen — Sie dürfen keine zusätzlichen Klauseln oder technische Verfahren einsetzen, die anderen rechtlich irgendetwas untersagen, was die Lizenz erlaubt.

Der vollständige Text der für das deutsche Recht portierten Lizenzbedingungen ist einsehbar unter

< <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode> >.



Karte der Kiewer Rus von 1054-1132

Quelle: commons.wikimedia.org/wiki/File:Principalities_of_Kievan_Rus%27_(1054-1132).jpg
(Autor: SeikoEn; Lizenz: Creative Commons 3.0)



Karte der Polnischen Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts

Quelle: commons.wikimedia.org/wiki/File:Karte_polnischeteilungen4.jpg
(Autor: Spiridon Ion Cepleanu; Lizenz: Creative Commons 3.0)



Karte der territorialen Entwicklung der Ukraine von 1918 bis 1954

Quelle: commons.wikimedia.org/wiki/File:Ukraine-growth.png
(Autor: Spiridon Ion Cepleanu; Lizenz: Creative Commons 3.0)



Karte der von Heinz Brill vorgeschlagenen Teilung der Ukraine

Quelle: Eigenes Werk von David X. Noack (Lizenz: Creative Commons 4.0)

- Heft 100: **Für Entmilitarisierung der Sicherheit.**
20 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V. (DSS)
Beiträge: Rolf Lehmann, Hermann Hagena, Wolfgang Scheler, Ernst Voit, Egbert Lemcke, Siegfried Schönherr, Paul Heider, Eberhard Haueis, Joachim Klopfer; 11 Anlagen
Dresden 2010, 338 Seiten, 42 Abb., davon 31 farbige.
- Heft 101: **Multipolare Sicherheit statt Pax americana.**
15. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 20. November 2010
Beiträge: Ernst Voit, Wolfgang Effenberger, Horst-Dieter Strüning, Volker Bialas und Wolfgang Scheler; Dresden 2011, 60 Seiten.
- Heft 102: **Brennpunkt Afghanistan.**
Beiträge von Hermann Hagena und Arne C. Seifert
Dresden 2011; 56 Seiten, mit 16 Farbbildern und -karten.
- Heft 103: **Grenzschutz und Grenzregime an der deutsch-deutschen Grenze.** Ansichten zu einer anhaltenden Kontroverse.
Beiträge: Wolfgang Scheler, Artur Pech, Rolf Ziegenbein, Dirk Fischer, Joachim Sladko, Horst Liebig und Günther Glaser; Dresden 2011, 108 Seiten.
- Heft 104: Ulrich Knappe
Krieg und Frieden im marxistischen philosophischen Denken der DDR
Dresden 2011, 110 Seiten.
- Heft 105: **Globale Machtordnung oder globale Friedensordnung?**
16. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 19. November 2011
Beiträge von Norman Paech, Ernst Voit, Eter Hachmann, Wolfgang Effenberger, Harry Pursche, Endre Kiss, Volker Bialas, Wolfgang Scheler; Dresden 2012, 84 Seiten.
- Heft 106: **Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht und die Chancen für eine globale Friedensordnung**
17. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 17. November 2012
Beiträge von Endre Kiss, Ulrich Knappe, Wolfgang Effenberger, Wolfgang Scheler, Horst-Dieter Strüning, Ernst Voit, Horst Sylla; Dresden 2013, 84 Seiten.
- Heft 107: **Die Neuausrichtung der Bundeswehr – Position und Opposition**
Beiträge von Detlev Bald, Wolfgang Scheler, Ernst Voit, Horst Sylla, Wilfried Schreiber
Dresden 2013, 70 Seiten.
- Heft 108: **Frieden und andere globale Probleme in wechselseitiger Abhängigkeit**
18. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 23. November 2013
Beiträge von Volker Bialas, Wolfgang Scheler, Endre Kiss, Ernst Voit; Dresden 2014, 64 Seiten.
- Heft 109: Alwin Loose und Wolfgang Scheler
Philosophen an der Militärakademie. Der Philosophielehrstuhl an der Militärakademie „Friedrich Engels“ – Reminiszenzen ehemaliger Mitglieder; Dresden 2014, 350 Seiten.
- Heft 110: Artur Pech, Hartmut Jentsch, Rolf Ziegenbein
Wissenschaftliche Kritik und Reformbestrebungen zum Grenzschutz der DDR zwischen 1980 und 1990. Dokumente und Kommentare aus der Distanz von drei Jahrzehnten
Dresden 2014, 115 Seiten.
- Heft 111: **Deutsches Militär und deutsche Außenpolitik – 1914 / 2014**
Beiträge von Detlev Bald und Wilfried Schreiber; Dresden 2014, 44 Seiten.